



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.,
zweimal pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer
Neinen Seite 30 Pf., für Inferate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 133. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Mittwoch, den 22. Februar 1888.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für den Monat März ergebnist ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 2 Mk., bei Zustellung ins Haus 2 Mk. 35 Pf., auswärts incl. des Porto zusätzl. 2 Mk. 50 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe incl. Abtrag ins Haus 60 Pf. Reichsw., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf. Reichsw., auf die Kleine Ausgabe 30 Pf. Reichsw.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die österreichischen Reichsboten der scharfen Tonart.

Wien, 19. Februar.

Während wir auf Straßen und Plätzen das Schauspiel ewigen Schnees genießen können, überraschen uns in unseren öffentlichen Versammlungen geradezu vulkanische Ausbrüche rednerischen Ungehorsams. An gewaltigen Partei-Gegensätzen fehlt's ja selbst in Parlamenten nicht, die gleich dem deutschen und französischen eine nationale Einheit vertreten: in dem Völkergericht Österreich treten dazu noch die nationalen Unterschiede, die jede Auseinandersetzung in kleinen und großen Fragen verschärfen und vergiften. Und die kriegslustige Stimmung, welche die feindlichen Brüder von vornherein erfüllt, kommt auch in allen „Teufelswerken“ zum Vorschein, die, nach Scheffel's Wort, durch „Klaßenhass und Racenahass und Massenhass“ so unhöflich gefördert werden. Nirgends ist die vielgerühmte Wiener Gemüthlichkeit weniger daheim, als im österreichischen Reichsrath. Die Zeiten sind hart und die Sendboten des Volkes nicht gerade durchweg zur Milderung dieser bösen Stimmungen und Verstimmungen geladen und berufen. So schroff Reich und Arm, der deutsche und der jüdische Amts-Werber einander im Kampf um das tägliche Brot gegenüberstehen, — denn die Sprachen- und die Nordbahn-Frage wird ja, wie so manche andere, vielfach nur als Magenfrage aufgesetzt und ausgefochten — so herb äußern sich die Wortführer der verschiedenen Richtungen, wenn einmal die Geister auf einander pläzen.

In den letzten Reichsraths-Sitzungen war ausgiebige Gelegenheit geboten, diesen Sachverhalt zu erreichen, diese Gesinnungen in Thauen umzusehen. Das einmal galt es, die Verheuerung der Kohle für Wien, den schonungslosen Wettkampf kapitalistischer Großmächte zu beleuchten; das zweitens, die Gesetzvorlage des Herrn von Gauß in Betreff der Überwachung unserer Studentenvereine zu werfen. Beidemal standen bedeutende Prinzipien zur Entscheidung. Beidemal waren wichtige Bereiche der Bevölkerung in ihrem Frieden bedroht. Sede Beschränkung der akademischen Freiheit erscheint nicht blos dem früheren Musensohn, sondern dem unbestechlichen Geschichtsforscher von vornherein höchst bedenklich: die Grausamkeit einer Reaction, die Leute, wie Fritz Reuter, burschenschaftlicher „Umtriebe“ halber auf die Festung schickte, erregt noch heute so kräftigen Abscheu, wie in ihrer Sünden Maienblüthe. Die Geldspeculationen von Ermillionären aber, die mit einem fetten Handstreich, nur des eigenen Vortheils wegen, auf den Kohlenwerken kleiner Nebenbuhler zugleich Tausende von hilflosen Neplern um ihren Altüberkommenen, ohnehin nur färglichen Verdienst bringend, wurden sogar vom Handelsminister diplomatisch als nicht gerade besonders „zeitgemäß“ bezeichnet. Dass beidemal Unkluges abzuweisen, Gefährliches zu bekämpfen war, ist leider nur allzu wahr. Die Angriffweise freilich, die von den Männern der scharfen und scharfsten Tonart beliebt wurde, gemahnt wiederholt an Sebastian Brandt's heiligen Grobianus.

Wie im XVI. Jahrhundert den höfischen Anstands-Regeln Lehren zur Verachtung des Unstades entgegengesetzt, wie „bäwrische Gebärden ungehöfster Grobianusknechte“ nicht zum Spott, sondern zum Entzücken der Massen gepredigt und geübt wurden, so reist unter dem politischen Nachwuchs vielfach die Ansicht ein: Kraftmeierei sei die wirksamste Art, sich und seiner Meinung Berechtigung zu verschaffen. Das Naturbuesenthum, die studentische Genieerei gelten als die erste Voraussetzung parlamentarischer Erfolge. Weil Bismarck — scheinbar — immer frisch von der Leber weg spricht, ohne rhetorisches Gaufspiel runderaus auf die Sache losgeht, pausen unsere kleinen Bismarcks am liebsten im Al-Fresco-Stil der Cr-Kneipe. So lehrhaft diese Bemerkungen klingen mögen, so humoristische Behandlung würde der Vorwurf verdienen. Nichts sei uns heiliger, als feurige Aufwallung, edler Ungeist allem Häpplichen und Verderblichen gegenüber; nichts gilt uns achtungswürther, als jede reine, ehrliche Überzeugung. Was nicht etwa blos den Mann von Geschmack verlebt, sondern die beste Sache selbst schädigt, ist das prahlreiche Sich in die Brust werfen, das Renommiren mit der eigenen „Tugendboldigkeit“, mit einem Wort: das Bramarbasten und Grossprechen, das immer ein Zeichen innerlicher Unreife oder Unsicherheit bleibt.

Tragikomisch aber ist, dass im österreichischen Parlament fast jede Volksgruppe enfants terribles ihr eigen nennt, die das Spiegelbild ihrer Caricatur bei den bestgehassten Gegnern finden könnten, wenn sie überhaupt Augen hätten, um zu sehen, Ohren, um zu hören. Die neuen Hussiten, die Jungzechen, haben da kürzlich den Sohn eines altdösterreichischen Bureaucrates, den Grafen Lazarusky-Nehoff, in Ihren Parteibund aufgenommen, der manche schäphenwertige Leistung unfreiwilligen Humors in alter und neuer Zeit zum Besten gegeben. Dieser Sohn des früheren Statthalters von Mähren unter dem absolutistischen Regime war jahrelang deutscher Wandering-Mönch, da ihn Laube am Stadttheater nach kurzer Probezeit als talentlos entließ. Seither hat der frühere Nachreifer von Anschluss und Sonnenthal sein tschechisches Herz entdeckt: er wetteifert mit dem Grafen Kaunitz in böhmischen Kraftphrasen und pan Slawistischer Deutschen-Fresserei. Den jüngsten Hofball besuchte er, vom Oberhofmeister abgesehen, zu allgemeiner Aufheiterung in einem czechischen Phantastenfilm, das ihn etwa in Grillparzers Drageble „Lubusia“ ganz hübsch als Przemyslidin, nicht aber als Gast des Kaisers kleiden konnte.

Gleicher Ausschreitungen, wenn auch nicht in der äusseren Tracht, machen sich so manche Ultras der scharfen Tonart unter den Jungdeutschen schuldig. Neben vielen redlichen und hochdenkenden Männern finden wir da Leute, die entschieden meinen, alle Schlachten für Moltke „gedacht“, alle Verträge für Bismarck geschlossen zu haben. Nichts

putziger, als das Selbstgefühl, mit dem sie dem Meister in Berlin jedes Wort, wie eine eigene Erfindung, nachsprechen. Sie fürchten natürlich als gute Deutsche zur Gott und sonst nichts, also auch nicht den Fluch der Lächerlichkeit. Ihr höchstes Lebensziel ist ein judeiner Staat; ihr Todhast trifft gleicherweise Romanen und Slaven, wohl auch alle Umwälzungen, welche die Geistesarbeit der Jahrhunderte von Arminius bis auf Bismarck hervorgebracht. Voltaire ist ein Flachkopf, Lessing ein Jude, Heine ein Schandfleck des Jahrhunderts. Mit der vollen Überlegenheit der Unwissenheit orakelt z. B. der schlesische Wundarzt Türk, ein Haupt-Humorist der Antisemiten, über alle Dinge Himmels und der Erden sub specie aeterni odii generis humani i. e. Judaeorum. Reden der Art finden ihre Gläubigen. Wirkamer als alle Beweisgründe des Heypredigers leuchten dem Wiener Kleinbürger und Handwerker die Sorgen des Tages, die Noth der schweren Zeit ein. Dass die unerträglichen Uebel der Gegenwart mehr als eine Ursache haben können, dass neben Liberalen und Juden dabei auch tiefere Gründe in Betracht kommen, beirrt diese Aermsten nicht, die wähnen, ihr Glück werde geringer, wenn sie in wüstem Vortrauß (und nicht blos in diesem) sich betäuben.

Nicht in dieselbe Reihe mit diesen wunderlichen Heiligen gehört Engelbert Pernerstorfer. Der Mann, der kürzlich unter dem Schutz der Immunität gewagt hat, höfische Scandale zur Sprache zu bringen, die tatsächlich unbewiesen, als Gericht bisher nur verstohlen von Einem dem Anderen ins Ohr geflüstert wurden — stand schon vor Jahren, der Majestäts-Beweidigung angeklagt, vor Gericht. Die erste Instanz erkannte ihn dadurch schuldig, der Cassationshof sprach ihn frei. Pernerstorfer, ein Schulmann, war jahrelang ein wahrer Freund Schönerer's, als dessen Vertrauensmann er die Monatschrift „Deutsche Worte“ herausgab. Bald ergaben sich aber in Folge der possehaften Eitelkeit und vielzeitigen Unbildung Schönerer's Weiterungen zwischen diesem und Pernerstorfer. Der Letztere sagte sich öffentlich von Schönerer und dessen ungemeinem Größenwahn los. Ein „scharfer“ Herr blieb Pernerstorfer aber nach wie vor. Im Vorjahr brachte er die Schäden in Kaiser Josephs großartiger Stiftung, dem allgemeinen Krankenhaus, zur Sprache. Diesmal hatte er die Verwegenheit, der Anklage, unsere akademische Jugend sei verwildert, die Thatjache entgegenzuhalten, dass alle Welt von beispiellosen Nöthen der von Jesuiten erzogenen Sprösslinge allererster Familien des Reiches ergäbe. Selen hat eine Parlamentsrede so außerordentliches Aufsehen erregt, wie diese Besichtigung des hochgeborenen Albertins, der in trunkenem Zustande seine Zechkameraden in das Schlaggemach seiner Frau führte; von dem Fürstentum, das auf dem Spazierritt einem Leichenzug begegnet und über den Sarg volligkt sein soll und von ähnlichen Ungeheuerlichkeiten. Pernerstorfer hat die Namen seiner Jesuitenschüler nicht genannt. Er hat mit seinem Wagniss auch seiner Sache und Partei keineswegs bei den maßgebenden Persönlichkeiten genützt. Wir fühlen uns weder berufen noch berechtigt, um auch auf noch so bestimmt auftretende Gerüchte hin die Namen der in solche Geschichten verlochten Persönlichkeiten zu nennen. Sollten dieselben alle von Pernerstorfer vorgebrachten Beschuldigungen entkräften können, dann wäre es gut, dass das bald und rückhaltlos geschiehe. In England stellt sich selbst ein Prinz von Wales dem Gerichte. Und immer und überall, in jedem Stande und Lande bleibt der Satz aufrecht: Honesty is the best policy.

Deutschland.

○ Berlin, 20. Februar. [Die bulgarische Frage.] Eine doppelte Sorge drückt schwer auf das deutsche Volk. Die Nachrichten über das Verbinden des Kronprinzen entsprechen leider nicht den allgemeinen Wünschen der ganzen Nation. Die amtlichen Bulletins sind von einem Laienkunst, der nicht eben zur Hoffnungseligkeit stimmt, und die privaten Meldungen lauten noch trauriger. Inzwischen bangt man nicht nur um das Leben des allverehrten Thronfolgers, sondern auch um den europäischen Frieden. Je mehr man dem Frühling entgegenblickt, um so schneller wird sich entscheiden müssen, was über das Gesick des Welttheils bestimmt ist. Seit einigen Tagen gehen allerlei bisher wenig verbürgte Nachrichten über eine russische Einlenkung in der bulgarischen Frage. In Berlin soll Graf Schuvalow, in Wien Fürst Variatiniski Träger dieser Mission sein, und das halbamtlische „Journ. de St. Petersb.“ scheint diese Meldung im Allgemeinen zu bestätigen. Indessen offiziell wird den sanguinischen Hoffnungen bereits ein Dämpfer aufgezeigt. Auch wenn sich die Meldung bestätigen sollte, sei dafür gesorgt, dass die Bäume des Optimismus nicht in den Himmel wachsen. Das ist leider richtig, zumal gar nicht abzusehen, was denn Russland eigentlich will. Denn sollte es sich wirklich nur um eine platonische Erklärung der Großmächte handeln, dass die Regierung des Coburgers dem Berliner Vertrage nicht entspreche, so würde man nicht umhin können, dieses Verlangen als ein moskowitisches Gaufspiel zu betrachten. Keine Macht hat den Coburger anerkannt; alle Mächte haben die Übernahme der Regierung als ungefehlig bezeichnet. Mit platonischen Erklärungen aber pflegt sich Russland überhaupt nicht zu begnügen. Es will also doch zum Mindesten den Coburger entfernt wissen, aber dazu werden Österreich, England und Italien nicht die Hand bieten. Nach dem „Standard“ hätten diese Mächte bereits erklärt, dass sie sich auf eine Aufforderung an den Coburger, Bulgarien zu verlassen, so lange nicht einlassen, als nicht Russland einen Kandidaten benenne, der den Bulgaren gesellen und Garantien biete, dass das Land nicht wieder der Anarchie überliefert werde. Damit wäre man wieder auf dem alten Fleck. Indessen es hieße überhaupt die ganze Entstehung der heutigen Wirren vergessen, wollte man meinen, es sei eine Auslöschung zwischen Russland und den übrigen Mächten überhaupt möglich. Russland hat durch die Misshandlung des Battenbergers die bulgarische Frage geschafft, um in Bulgarien unbedingt zu herrschen, und England, Österreich und Italien haben sich verbündet, um Russland auch nicht einen Fuß breit in Bulgarien Raum zu geben, sei es bedingt, sei es unbedingt. Russland hat nach dem Berliner Vertrage keinerlei Anrechte auf Bulgarien; es hat in Bulgarien überhaupt nichts zu suchen, so wenig wie in Spanien oder in Columbia. Beschränkt sich Russland auf seine Grenzen, so liegt zu einem Streit oder Kriege keinerlei Anlass vor. Aber freilich, dann müsste eben das Moskowiterthum auf

seine traditionellen Gelüste nach Konstantinopel und der Weltherrschaft verzichten. Es müsste die heimliche Eroberungslust aufgeben, welche die russische Politik seit mehr denn einem Jahrhundert bewirkt. Und daran ist unseres Ermeins so wenig zu denken wie an die Nachgiebigkeit der verbliebenen Mächte gegen diese Begehrlichkeit. Es ist möglich, dass Russland den Augenblick noch nicht gekommen glaubt, die Entscheidung auf die Spitze des Schwertes zu stellen, zumal nachdem sein Minnewerben bei England unerhört geblieben ist. Es ist aber auch nicht undenkbar, dass der wilde Hass gegen Deutschland, genährt durch die finanziellen Verlegenheiten, sich nicht mehr eindämmen lasse und zum Ausbruch dränge. Jedenfalls können die dunklen Meldungen über russische Vorschläge an der Wirklichkeit nichts ändern; es ist eitel Schaum, vielleicht nur bestimmt, die Aufmerksamkeit von den wahren Zielen und Wegen des Moskowiterthums abzulenken.

[Für die Unfallversicherung der preußischen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter] sind nach dem darauf bezüglichen preußischen Gesetz auf jeden Kreis eines, im Ganzen 545 Schiedsgerichte errichtet worden. Da nach dem Reichsgesetz die Vorständen und Vertreter dieser Schiedsgerichte nur aus der Zahl der öffentlichen Beamten entnommen werden dürfen, so stößt die Bezeichnung dieser Stellen auf Schwierigkeiten, und hat man deshalb dem Bernehm nach regierungssitzig in Erwägung gezogen, für die Schiedsgerichte eines Regierungsbezirks oder doch gewisser Gruppen von Kreisen einen und denselben Vorständen resp. Stellvertreter aus der Zahl der Regierungsbeamten zu ernennen. Über die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel sind zunächst die zuständigen Behörden zur Berichterstattung aufgefordert worden.

[Von der französischen Gemeinde.] Am letzten Sonntag, 19. Februar, ist, wie der „Pos. Blg.“ mitgetheilt wird, in der Berliner französischen Gemeinde ein lange geführter grundäglicher Streit zum Ausbruch gebracht worden: Prediger Neßler hat, nachdem er im Hauptgottesdienst der französischen Friedrichstadt Kirche um 10 Uhr französisch predigte, zum ersten Male unangefochten den Gottesdienst um 12 Uhr in deutscher Sprache abhalten können. Herr Neßler hatte zwar vom französischen Consistorium, das sich aus den Aeltesten der Colonie zusammensetzte und als Assemblée générale beschlossen hat, schon für die Monate October, November und December des Vorjahrs die Erlaubnis erhalten, unter Innehaltung seiner Verpflichtung zum Abhalten französischer Gottesdienste auch in deutscher Sprache zu predigen, und diese Erlaubnis war ihm vom Consistorium der Colonie auch für die Monate Januar, Februar und März des Jahres zugesprochen worden. Gegen diesen erneuten Beschluss der Assemblée générale legten jedoch die Aeltesten der Colonie und einige Laien Verwahrung ein, und da nach der Verfassung der französischen reformirten Kirche ein solcher Einspruch die Bedeutung eines Veto erhält, so musste sich das Consistorium der Colonie abermals mit der Sache befassen. Der Einspruch hatte im Monat Januar die Wirkung, dass, als viele Gemeindemitglieder zu der im Kirchenbezirk angekündigten Predigt Neßlers erschienen waren, sie die Thüren zur Kirche vergeschlossen fanden. Nunmehr rief das Consistorium der Colonie das brandenburgische Consistorium als seine kirchliche Oberbehörde zu endgültiger Entscheidung an, und das brandenburgische Consistorium verordnete, dass der von den französischen Geistlichen und Laien eingereichte Protest zurückzuweisen sei. In dem Bescheide ist, wie die „Pos. Blg.“ hört, hervorgehoben, dass die von Prediger Neßler in deutscher Sprache zu haltenden Predigten vielseitigen Wünschen aus der Gemeinde entsprechen, im Weiteren aber könne einem in Deutschland antirenden Geistlichen schlechterdings nicht verwehrt werden, Predigten in deutscher Sprache zu halten. Damit ist der Beschluss des Consistoriums, Herr Neßler auch deutsch predigen zu lassen, wieder in Kraft getreten und am letzten Sonntag ist er zur Ausführung gekommen. Während Herr Neßler nach wie vor auch in französischer Sprache Gottesdienst hält, wo er sein Amt ausdrücklich verpflichtet, predigen im französischen Hospital Herr Doys, in der französischen Klosterkirche Herr Villard und in der französischen Luisenstadt Kirche Herr Tournier ausschließlich in deutscher Sprache.

[Dr. Sally Gumbinner], einer der ältesten Berliner Journalisten, ist am 20. d. M. nach kurzer Krankheit gestorben. Der Verstorbene, als der dritte Sohn eines bekannten und geachteten Kaufmannes am 2. Februar 1817 zu Berlin geboren, bezog nach beendetem Gymnasialbildung 1835 die Berliner Universität und studierte ausschließlich an derselben Philologie und Geschichte. Wenige Jahre nach Beendigung seiner Studien trat er als Redakteur in die „Spenerische Zeitung“ ein, welcher er bis 1847 ununterbrochen angehörte. Seit Anfang der vierziger Jahre war er als Berliner Correspondent gleichfalls ohne Unterbrechung und bis in die letzten Lebenstage für die „Kölnische Zeitung“ thätig. Neben seiner journalistischen Tätigkeit lag er mit Eifer und überaus großer Sorgfalt historischen und archivalischen Forschungen ob, welche er in mehreren Fachzeitschriften, jedoch stets ohne Nennung seines Namens, verwerthete. Wenig oder gar nicht ist es bekannt geworden, dass zwei kleine populäre Handbücher über die Kriege von 1866 und 1870/71, welche in Berlin, unmittelbar nach diesen Kriegen, im Verlage von Hempel erschienen, eine überaus große Verbreitung und vielfach warme Anerkennung fanden und den Verfassernamen „Winterfeld“ trugen, von ihm herriethen.

[Moritz Mohl,] der bekannte Volkswirth und Parlamentarier, der lebte der vier berühmten Brüder, ist 86 Jahre alt, gestorben. Er war bekannt durch seine preußenseitliche großdeutsche Gesinnung, seine schwarzöllerischen Reigungen und sein Eintreten für die Frankenwährung gegen Marktwährung. Moritz Mohl war Mitglied des Zollparlaments und vorübergehend des deutschen Reichstages. Auf seinen Geburtsadel hatte er verzichtet.

[Posen, 20. Februar. [Zu der Interpellation,] welche der „Goniec Wielki.“ an die polnische Landtagsfraction in Bezug darauf gerichtet hat, ob es wahr sei, dass einer der polnischen Abgeordneten dem Abg. von Schorlemer-Alst die Informationen zu dessen Angriff gegen die Deputationen, welche dem Erzbischof D. Dinder die Petition in Betreff der polnischen Sprache beim Religionsunterricht überreicht hat, gegeben, ein anderer polnischer Abgeordneter (v. Koscieliski) dagegen dem Abg. v. Schorlemer-Alst für dessen Angriff gegen die Deputation gehabt habe, bemerkte der „Kurier Pozn.“:

„Das Auftreten der polnischen Abgeordneten im Landtag müsse zwar der Erörterung und Kritik seitens der öffentlichen Blätter unterliegen; jedoch sei es unnötig und oft sogar schädlich, über Privatgespräche und interne Angelegenheiten der Fraction Mitteilungen zu bringen. Das Vertrauen müsse die polnische Gesamtheit zu ihrer Vertretung haben, dass diese die einzelnen Mitglieder die Angelegenheiten der Nation nicht compromittieren lasse und das, wenn ein polnischer Abgeordneter einen ungehörigen Schritt gethan hat, die Fraction selbst dies korrigiren könne und auch corrigiere; die Veröffentlichung unwahrer oder unvollständiger Nachrichten in öffentlichen Blättern dagegen thue nicht nur nicht gut, sondern compromittiere auch die Polen vor den Deutschen und erzeuge bei den Polen Gährung, Missverständnis und Zwieträcht.“

B. [Bon der sächsischen Grenze, 19. Febr. [Ein Zeichen der Umkehr?]] In den Kreisen der Landwirthe beginnt sich vereinzelt bereits die Ansicht Bahn zu brechen, dass die bisherige Methode, der Noth der Landwirtschaft abzuhelfen, nicht die richtige ist. Zu den eifrigsten Agrariern gehören bisher die sächsischen Landwirthe, und in dem sächsischen landwirtschaftlichen Verein zu Stauchitz hat es sich dieser Tage zugetragen, dass nach

dem Vortrage eines *Schuldirectors* Engler aus Taucha — Pastoren und Schuldirectoren sind in Sachsen häufig Apostel agrarischer Weisheit — über „die Zukunft der europäischen Landwirtschaft“, in dem die aßmalige Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle und die Einführung der internationalen Doppelwährung für die deutsche Landwirtschaft als die einzigen Rettungsmittel vor dem „drohenden Untergange“ hingestellt werden, der schmähliche Vorsitzende das Wort nahm, um vor „Schwarzerei“ zu warnen und dringend zu empfehlen, daß man die Agitation wegen Zollerhöhung ja ruhen lassen möge. Dieselbe haben Landwirthen den Haß großer Volkskreise zugezogen, ohne ihnen selbst wirklichen Nutzen zu bringen, und habe lediglich dem Reiche Einnahmen verschafft. Nun sei es ja ein stolzes Bewußtsein, daß gerade die Landwirthe dem Reiche die nötigen Einnahmen zu führen, — er rechnet dabei außer den Getreidezöllen die Erträge der Branntwein- und Zuckersteuer mit — aber schließlich mäßte doch Alles seine Grenze haben! Was die Währungsfrage anlangt, empfahl er, den Staatsmännern die Lösung zu überlassen. Diese Auslassungen sind ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß man in den beheiligten Kreisen das Missvergnügen zu empfinden anfängt, welches die Consumenten über die Agrarpolitik erfüllt.

1. Leipzig, 20. Februar. [Das französische Gesetz über die „aufrührerische Rufe“ in Elsaß-Lothringen.] Seit Einführung des deutschen Strafgesetzbuches in Elsaß-Lothringen war von den dortigen Gerichten ein altes französisches Gesetz (vom 25. März 1822) vielfach in Anwendung gebracht, welches das Auslösen aufrührerischer Rufe mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren bedroht. In Folge einer Entscheidung des Reichsgerichts aus dem Jahre 1879, welche eine ähnlich liegende Strafthat betraf, hatte sich die Anwendung herausgestellt, daß das Reichsgericht jenes Gesetz noch für Recht bestehend erachtete und die auf Grund des selben verurteilten Angeklagten hatten sich gewöhnlich bei dem Urtheile beruhigt. Da fiel es im Herbst zwei Urtheilten ein. Revision einzulegen und dieselbe damit zu begründen, daß das französische Gesetz veraltet sei. Unerwarteterweise hob dann auch das Reichsgericht (1. Strafsenat) am 17. November v. J. das betr. Urtheil auf und erklärte den Artikel 8 des fraglichen Gesetzes für veraltet, da die Materie, welche derselbe betreffe, vom Reichsstrafgesetzbuch erschöpft behandelt sei. Nebenbei wurde noch bemerkt, daß gegen aufrührerische Rufe hinsicht der Unfug-Paragraph angewendet werden könne. Die Entscheidung hatte nun zwar bei der französischen Bevölkerung der Reichslande große Freude hervorgerufen, aber die Staatsanwälte und Richter konnten sich mit der neu geschaffenen Sachlage nicht recht befriedigen. Das Landgericht Straßburg setzte sich denn auch über die Entscheidung des Reichsgerichts hinweg und verurteilte den Ackerer Martin Schuler aus Hagenau, welcher in einer öffentlichen Wirtschaft „Vive la France!“ gerufen und einen weiteren preußenfeindlichen Ruf ausgestossen hatte, zu 4 Monaten Gefängnis und 16 M. Geldstrafe auf Grund jenes französischen Gesetzes. In den Urtheilsgründen wurde gesagt, daß das Landgericht könne der Entscheidung des Reichsgerichts nicht beitreten, da die Doctrin nahezu einstimmig der dort ausgesprochenen Ansicht entgegenstehe, ferner aber auch die frühere Rechtsprechung des Reichsgerichts und die des Oberlandesgerichts Kölmar. Es müsse angenommen werden, daß der Artikel 8 zum französischen Strafgesetze gehöre, welches in Elsaß-Lothringen noch Geltung habe. Da ferner dieser in Frage stehenden Gesetzesbestimmung der Charakter eines Polizeigesetzes innenwohne, so könne dem Reichsgerichte nicht die Befugnis anstecken, es aufzuheben, weil nach der Verfassung nicht beabsichtigt sei, auf polizeigesetzliche Gebiete eine einheitliche Regelung zu erzielen. — Gegen dieses Urtheil hatte der Angeklagte Revision eingeregt, welche heute am 20. vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. In der Revisionsbegründung wurde hauptsächlich auf das schon erwähnte Reichsgerichts-Urtheil hingewiesen, dann aber wurde noch gesagt, daß die Ausführungen der Strafkammer nicht geeignet seien, das Reichsgerichts-Urtheil zu widerlegen. Bei der Wichtigkeit der Sache hatte der Oberrechtsanwalt Tessendorff es unternommen, die Interessen der Angeklagten wahrzunehmen und das Reichsgericht zu bewegen, von seiner im vorigen Jahre ausgesprochenen Ansicht wieder abzugehen. Er führte im Wesentlichen Folgendes aus: Die Frage, ob das in Rede stehende französische Gesetz noch Geltung hat, ist für die reichsständische

Regierung von der größten Wichtigkeit. Die Regierung glaubt mit der Ungiltigerklärung dieser Bestimmung eine gewichtige Handhabe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in den Reichslanden zu verlieren, sie glaubt aber auch darin, daß man sie auf den Weg der Verfolgung der Uebelhätter wegen groben Unfugs verweist, feinerlei Erfolg für jenes Gesetz finden zu können. Die Behörden in den Reichslanden sind veranlaßt worden, eine Zusammenstellung zu machen, in wieviel Fällen dieses Gesetz in neuerer Zeit zur Anwendung gekommen ist. Es ergiebt sich daraus Folgendes: Im Jahre 1847 sind in den Reichslanden auf Grund jenes Artikels 8 verurteilt 271 Personen und auf Grund des Artikels 6 des Decrets von 1848 65 Personen, also zusammen 336 Personen. Wenn man annimmt, daß jede Person durchschnittlich zu 3—4 Monaten Gefängnis verurtheilt ist, so ergibt das eine Strafsumme von etwa 100 Jahren Gefängnis. Wenn die frühere Paris angegeben worden und der letzte Spruch des Reichsgerichts maßgeblich bleiben soll, so haben diejenigen, die verurtheilt sind und ihre Strafe schon verbüßt haben, Strafen erlitten, die eigentlich nicht erkannt werden sollten, denn nach dem Unfugsparagraphen hätten sie höchstens 6 Wochen Haft erhalten können, und diejenigen, die ihre Strafe noch nicht verbüßt haben, haben alle Aussicht auf Begnadigung, wenn dieses Gesetz definitiv als befehligt gelten soll. Der Weg, die Auslöser aufrührerischer Rufe wegen groben Unfugs zu belangen, ist ein sehr bedenklicher, denn hierfür ist das Schöffengericht zuständig. „Ich will“, sagt der Staatsanwalt, gegen die reichsständischen Schöffen keine Verdächtigungen ausspielen, sie urtheilen nach bestem Gewissen, aber diese „Rufe“ vor die Schöffen zu verweisen, würde dieselbe Bedeutung haben, als wenn man Hoch- und Landesverratshäufigkeiten, wie wir sie in der letzten Zeit gehabt haben, vor die dortigen Schwurgerichte verweisen wollte. In der letzten Zeit sind in Folge der Entscheidung des Reichsgerichts verschiedene Personen wegen groben Unfugs angeklagt worden, aber die Schöffen haben sie freigesprochen. Nun bleibt ja wohl noch die Berufung übrig, aber das ist ein weiter Weg. Meistens sind die Angeklagten Ausländer, junge Burschen, die Sonntags über die Grenze kommen und bei uns aufrührerische Rufe ausspielen. Wenn sie vom Schöffengericht freigesprochen werden, so müssen sie auf freien Fuß gesetzt werden und die Berufung hat einen praktischen Erfolg nicht, da sie sich hüten werden, wieder über die Grenze zu kommen und sich fassen zu lassen. Alles dies ist ja selbstverständlich für die Rechtsprechung nicht zu verwerthen, aber ich wollte nur den Standpunkt der reichsständischen Rechtsprechung kennzeichnen und auf die großen praktischen Folgen hinweisen, die das Reichsgericht für dieselbe haben wird.“ — Auf dasjenige, was der Oberrechtsanwalt des weiteren noch anführte zur Begründung seines Antrages auf Berufung der Revision und damit zugleich auf Rehabilitierung des französischen Gesetzes brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da diese Ausführungen nach dem nunmehr ergangenen Urtheil des Reichsgerichts keine allgemeine Bedeutung mehr haben. Das Reichsgericht entschied nämlich, daß das Urtheil aufzuheben und die Sache an das Landgericht zurückzuwerfen sei. Es sprach damit aus, daß es von seiner am 17. November v. J. ausgesprochenen Ansicht nicht abgehe, daß also jenes Gesetz veraltet und durch den Abschluß des Str.-G.-B., welcher über Widerstand gegen die Staatsgewalt handelt, ersetzt sei. Da aber in demselben von aufrührerischen Rufen keine Rede sei, so könnten diese höchstens als grober Unfug angesehen und bestraft werden.

Ö ster r e i c h - U n g a r n .

Wien, 18. Februar. [Die Thätigkeit des Telegraphen-Correspondenz-Bureaus] wurde in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bei der Staatsberatung einer scharfen Kritik unterzogen.

Abg. Dr. Menger hob hervor, daß vielfach Unzufriedenheit mit den Leistungen dieses Büros herrschte und Reformen in Bezug auf dasselbe dringend notwendig seien. Die Tiroler Rede sei in einer Weise veröffentlicht worden, welche geradezu auf große Nachlässigkeit hinweise, da ja schon aus dem Inhalt der Rede der Widerspruch hätte klar sein müssen; trotzdem bestieß man das Publikum durch relativ sehr lange Zeit im Irrthum. Sodann seien zahlreiche Telegramme aus Berlin — er verzweife nur auf das erste über Bismarck's Rede — mangelhaft, ja oft unrichtig gewesen. Vor Allem aber werde in der Geschäftswelt ganz allgemein darüber Klage geführt, daß die geschäftlichen Telegramme des Correspondenz-Bureaus zu spät veröffentlicht werden, modurch es möglich sei, daß in Bezug auf eine Reihe Geschäftswelt andere Plätze, insbesondere Berlin, wo der Geschäftswelt früher die Telegramme zur Verfügung gestellt werden, unsere Geschäftswelt, also mittelbar Österreich, austeuern. Es könne, wenn die Dinge so weiter gehen, noch dahin kommen, daß

manche Geschäftszweige, insbesondere in der Waarenbranche, vom Platze gedrängt werden.

Abg. Dr. Beer wies darauf hin, daß die ersten Mittheilungen der Bismarck'schen Rede seitens des Correspondenz-Bureaus so lauteten, als ob Bismarck im anti-österreichischen Sinne gesprochen hätte. Derartige Dinge sollten denn doch nicht vorkommen.

Minister-Präsident Graf Taaffe erklärt, daß er in Bezug auf die gerügten Vorkommnisse bei Publication der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet habe und daher vorläufig nicht in der Lage sei, sich über den Vorfall zu äußern. Ministerialrath R. v. Freiberg bemerkte, daß bei der Stellung, welche das Wolff'sche Bureau in Berlin einnimmt, die Möglichkeit einer tenetionellen oder gar anti-österreichischen Fassung in der ersten Depesche über die Rede des Fürsten Bismarck von vorherberein ausgeschlossen sei. Das Telegraphen-Correspondenz-Bureau sei bei dem zwischen den großen Telegraphen-Compagnien in Europa bestehenden Cartell bis zu einem gewissen Grade in der gleichen Abhängigkeit von Berlin, wie etwa London von Berlin oder Paris von London. Der Regierungsvorsteher gibt die Möglichkeit zu, daß manche Geschäftsdepesche in Berlin früher bekannt sei als in Wien, und erklärt dies einerseits aus der Zeitdifferenz zwischen Berlin und Wien, andererseits aus dem Umstände, daß aus Empfangs-Rückfischen einzelne Londoner Waarenbörse-Depeschen über Berlin bezogen werden.

Abg. Dr. Herb spricht seine Verwunderung darüber aus, daß das Telegraphische Correspondenz-Bureau, welches mit so großen Mitteln arbeite und einen so sicheren Auftrag habe, nicht das leisten könne, was jede größere Zeitung vermöge. Bei dem ganz unbegreiflichen Irrthum in der Tiroler Rede, der ja doch jedem, der die Befreiungskriege Österreichs, aufallend sein mußte, brauchte das Correspondenz-Bureau 24 Stunden, um die Correctur dem Publikum mitzuteilen. Die daraus resultirenden Verluste seien vom Staate verschuldet. Die Ausgaben des Correspondenz-Bureaus könnten bedeutend reducirt werden, wenn nicht ganz unnötige Telegramme gebracht würden, so z. B. jede Reise eines Statthalters, jeder Empfang an irgend einem Orte, was doch das Publikum auch 24 Stunden später erfahren könne.

Abg. Dr. Heilsberg weist auf die bedauerlichen Vorkommnisse anlässlich der Tiroler Rede, sowie auf die verstimmtete und unrichtige offizielle Depeschirung der Bismarck-Rede hin und macht ferner auf das bedauerliche des Regierungsvorsteher selbst berührten Umstandes aufmerksam, daß die Geschäftsddepeschen aus dem Auslande, namentlich die aus London, alle erst über Berlin gehen, wodurch für die Geschäftswelt sehr erhebliche Nachtheile entstehen, da eine bedeutende Verkürzung und Ausdeitung der Depeschen möglich sei.

Abg. Dr. Küss findet es höchst überflüssig, daß an offizielle Blätter, wie z. B. das „Prager Abendblatt“, Artikel aus dem Wiener Pressebureau gesendet werden und daß dann das Correspondenz-Bureau Telegramme darüber bringe.

Abg. Dr. Menger weist darauf hin, daß in verschiedenen Geschäftskreisen über die schlechte Bedienung seitens des Telegraphen-Correspondenz-Bureaus geklagt werde. Es sei wünschenswerth, daß seitens der Regierung eine Enquête abgehalten werde. Derzeit, da das Bahnhof auf der Balkanhalbinsel immer vollständiger werde, müsse man umso mehr trachten, daß der österreichische Handel gut bedient werde.

Abg. Dr. R. v. Meznik bemerkte, daß Bruck das Correspondenz-Bureau eigentlich mit Rücksicht auf die Geschäftswelt gegründet habe, es daher wünschenswert sei, daß diese in Zukunft mehr berücksichtigt werde.

N u ß l a n d .

[Aus den Ostseeprovinzen.] Die Kr.-Ztg. schreibt: Die russischen Zeitungen haben in jüngster Zeit nicht ohne nationale Enttäuschung Act davon genommen, daß in mehreren politischen Broschüren der Vernichtungskampf, den nationaler Fanatismus und Gouvernementale Gleichmacherei gegen Deutschthum und Lutherthum der Ostseeprovinzen führen, dem Forum der deutschen öffentlichen Meinung zur Beurtheilung vorgeführt worden ist. So viel wir sehen, hat man in Deutschland diesen Broschüren die verdiente Beachtung bisher nicht geschenkt, auch uns sind sie erst durch jene Polemik der russischen Zeitungen in das Geschäftsfeld gerückt worden, und wir nehmen gern Gelegenheit, auf dieselben hinzuweisen. Die erste dieser Broschüren: „Die Vergewaltigung der russischen Ostseeprovinzen, Appell an das Gefühl des Protestantismus“, führt das Motto: Vester hic dolor,

Stadt-Theater.

Montag, 20. Februar.

Erstes Gastspiel des Herrn Heinrich Bötel.
„Der Troubadour.“

Wenn ein gastreicher Tenoriss seine Thätigkeit mit nichts Besserem zu beginnen weiß, als mit dem „Troubadour“, und als zweite Parforcerolle den Lyonel in der „Martha“ in drohende Aussicht stellt, so ist dies in musikalischer Hinsicht für den, welcher beide Kunstuwerke genießen muß, zwar recht betrübend, aber man weiß doch wenigstens sofort, woran man ist. Bei solch erschwerenden Verhältnissen kann es sich weder um einen bedeutenden Gefangenkünstler, noch um einen hervorragenden Darsteller handeln, sondern lediglich um eine exceptionelle Stimme. Daß Herr Bötel diese besitzt, wird ihm Niemand streit machen. Wäre Herr Bötel noch ein Ansänger, so könnte man gelehrt Betrachtungen darüber anstellen, was aus dieser Stimme bei richtiger Behandlung gemacht werden könnte. Leider befindet sich nun aber Herr Bötel nicht mehr in den Stadium, in welchem ein Bühnensänger an der Befolkskommnung seiner natürlichen Gaben ernstlich weiterarbeitet; wer bereits so viel Hervorrufe und Triumphhe hinter sich hat, der wird schwerlich die Notwendigkeit begreifen, sich noch Schulmeistern zu lassen. Eine Stimme, wie sie in Herrn Bötel's Kehle steckt, ist ein Gottesgeschenk; sie wird immer, selbst als bloßes Rohmaterial, glänzen und blenden. Auch ungeschliffene Diamanten sind wertvoll. Untersuchen wir dieses merkwürdige Organ eingehender, so würden wir als „Sectionsbefund“ nachstehendes Gutachten abgeben müssen: Die vier höchsten Töne der Bötel'schen Stimme sind von großer Kraft, Ausdauer und Klang Schönheit, mitunter jedoch etwas schneidend, da sie nur in voller Stärke zum Vorschein kommen. Von einem Piano oder einer Verschmelzung des Falsets mit dem Brustton, über welche z. B. Herr Mierwinsky früher unumschränkt verfügte, ist keine Rede; ein Ton glebt ebenso stark und zuverlässig an, wie der andere, aber auch ebenso kalt und seelenlos. Wenn Herr Bötel in der berüchtigten Flammenarie das noch berüchtigte hohe c mit vollster Wucht herausgeschmettert, so staunt man ob der phänomenalen Kraft des Tones, sagt sich aber hinterher: ein guter Trompeter bringt den Ton noch stärker und länger und auch ebenso schön heraus. Herrn Bötel's Höhe hat in der That instrumentalen Charakter; das, was die menschliche Stimme vom Instrumente unterscheidet, die Seele, das warme Leben fehlt ihr. Alles, was unter den eben analysirten 4 hohen Tönen liegt, bildet eine Stimme für sich. Herrn Bötel ist offenbar nicht die genügende Zeit gegönnt worden, die tiefere Abtheilung seiner Stimme mit der höheren Kunstgerecht zu verbinden. Es ist die alte Geschichte vom Mantel, der nicht gerollt ist. Der Klang der Mitteltöne, jeglicher Weichheit entbehrend und hier und da zum Tremoliren und Detoniren neigend, ist direct unebel. Wie die Natur sie gegeben, stehen sie da; die gesangliche Intelligenz hat keinen Einfluß auf sie gehabt. Von einem Piano ist auch hier keine Rede; der Versuch, in der Cantilene vor der Flammenarie ein solches anzubringen, wäre Herrn Bötel beinahe übel bekommen. Daß unter solchen Umständen der Vortrag ein äußerst monotoner sein muß, liegt auf der Hand; seine Nuancirungen, wohl berechnete Vertheilung von Licht und Schatten wird man vergebens erwarten. Wie wenig Herr Bötel seine Stimme

in der Gewalt hat, zeigt sich in den Recitativ. Hier ist von einer verständigen Articulation und Declamation keine Rede; die einzelnen Worte werden kurz, scharf und trocken herausgestoßen, so daß sie der Zuhörer nicht versteht und auch kaum glauben kann, daß den Sänger das, was er singt, selbst verständlich vollen durchdringt. Von einer geistigen Beherrschung der Rolle, soweit im Troubadour eine solche überhaupt möglich ist, war keine Spur zu bemerken. Die drei oder vier bekannten Handbewegungen, welche Durchschnittsentröster förmlich gepachtet haben, um ihre innersten Gefühle bei den in den italienischen Opern stereotypen Redensarten „O Gott“, „Welcher Schmerz“ u. s. w. auszudrücken, kennt Herr Bötel genau; darüber hinaus zu kommen, scheint ihm veragt zu sein. Daß Herr Bötel durch die seltene Kraft und Schönheit seiner höchsten Töne imponieren müste, ist selbstverständlich; so lange diese vor- und aushalten, wird er stets auf ein dankbares und enthusiastisches Publikum rechnen dürfen. Wie lange sie aushalten, ist freilich eine andere Frage. Erfahrungsgemäß ist die Dauerhaftigkeit der Stimmen, bei denen natürliche Veranlagung und Kunstgerechte Durchbildung nicht gleichen Schritt halten, eine beschränkte.

Die Aufführung des „Troubadour“ konnte nur dadurch ermöglicht werden, daß für die erkrankte Frau Steinmann-Lampe Frau Riemenschneider eintrat, welche die ihrem eigentlichen Rollenfache ziemlich fern liegende Partie der Leonore zur vollen Zufriedenheit des Publikums durchführte. Frau Sonntag-Uhl ist als eine gute Azucena hinzüglich bekannt und des öfteren gewürdigt worden. Herrn Pawlowsky's Graf Luna war eine relativ tüchtige Leistung, nicht immer bezüglich der Kraft der Stimme ausreichend, aber durchweg ernstes Streben bekundend. Empfehlen möchten wir dem jungen Sänger, gewisse Eigenthümlichkeiten seiner Aussprache zu reformiren und in Übereinstimmung mit der seiner übrigen Collegen zu bringen. Fast alle unsere Bühnensänger sprechen nunmehr leidlich richtiges und correctes Deutch; nur zwei Baritonisten scheinen der Überzeugung zu sein, daß jeder nach seiner Façon sich seine Aussprache einrichten dürfe. — Die Chöre leisteten im Falsch- und Unreinigten stellenweise recht Erhebliches.

E. Böhn.

Arthur Schopenhauer.

Zum hundertsten Geburtstage am 22. Februar 1888.
Von Gilbert Höser.

I.

Am 21. September 1860 starb Arthur Schopenhauer in Frankfurt am Main, 72 Jahre alt. Er starb, gelebt von Niemanden, bewundert von Wenigen, gehaßt von Vielen und verachtet von fast noch mehr Leuten; von den Meisten aber nicht bekannt; im Selbstbewußtsein dagegen die Überzeugung tragend, daß er einer der überwältigten Menschen des Menschengeschlechtes sei, ein Genie, ein Denker-Dichter. Wenn eine unverbürgte Anekdote erzählt, daß, als Schopenhauer an der Table d'hôte im „Englischen Hof“ zu Frankfurt gefragt wurde, wie er für zwei essen könnte, er geantwortet hätte: „Ich denke auch für zwei“ — so besagt die Anekdote nichts. Nicht für zwei war sich Schopenhauer bewußt zu denken, sondern für Hunderte und Tausende. Nach seinem Tode erst fing seine Popularität an; es wurde eine Vovularität, die seinen Namen mehr verböhnt, als daß sie ihn

pries. Das Vierteljahrhundert indeß, das seit seinem Hinscheiden verstrichen ist, hat genügt, um alle Rebel zu zerstreuen, welche die Erkenntniß des Mannes durch die Nachwelt verhinderten. Nachdem einmal die blaßste Mode der Schopenhaueromanie dahingegangen ist, hat die wahre Schätzung des Bleibenden im Denker und Schriftsteller festere Wurzel zu schlagen begonnen. Auch die deutschen Professoren sangen bereits an, dem Todten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Vieles von dem, was Schopenhauer für seine beste Erkenntniß und seine bleibendste Leistung gehalten hat, hat die Nachwelt befürchtet, anderes hat sie anerkannt und ihrem Ideenchaos einverlebt; und heute, am hundertsten Geburtstage des Mannes, können wir, im Großen und Ganzen geurtheilt, sagen, wir feiern in ihm einen unserer originellsten Denker und einen unserer klassischen Schriftsteller.

Schopenhauer's Lebensgang ist wie der der meisten Philosophen und Gelehrten einßigig gewesen. Die wichtigsten Ereignisse seines Lebens vollzogen sich, wie das bei einem Denker nur natürlich ist, innerhalb der Schranken seiner Schädeldecke. Dennoch bietet seine Biographie einige interessante Punkte; es sind diejenigen, welche bis zu einem gewissen Grade die Originalität des Schopenhauer'schen Denkens und seine Sonderlingsnatur erklären, oder, um nicht die Rolle der angeborenen Eigenschaften zu verkleinern, sie doch wenigstens beeinflussten.

Das erste, was uns in dieser Beziehung auffällt, ist die That, daß Schopenhauer keine regelmäßige Schulbildung erhalten hat, sondern Autodidakt war. Das lag in den Verhältnissen seiner Familie. Sein Vater, Heinrich Floris Schopenhauer, war Großkaufmann in Danzig, wo auch Arthur Schopenhauer geboren wurde; seine Mutter war die einfallsame Romanschriftstellerin Johanna Schopenhauer. Der alte Schopenhauer war ein glühender Bewunderer Englands; er hätte auch gern gesieben, wenn sein Sohn England geworden wäre, und als er die ersten Anzeichen bemerkte, daß dieser Sohn ins Leben drängte, reiste er nach England, damit sein Stammhalter im Eldorado der Großkaufleute geboren würde und so das englische Indigenat als Patenkind in die Wiege gelegt würde. Nur ein zufälliger Umstand war es, der die Familie veranlaßte, noch vor der Geburt des Sohnes nach der Heimat zurückzukehren. Schopenhauer ist somit gewissermaßen nur aus Versehen ein geborener Deutscher. Auch nach der Geburt dauerte die Wanderlust seiner Eltern fort und der kleine Arthur begleitete dieselben überall hin. In jüngeren Jahren bereits befand er auf diese Weise England, Frankreich, die Schweiz zu sehen, und die Eindrücke der Natur waren die ersten, die seine Seele stark beeinflussten. Von einem geordneten Schulunterricht konnte keine Rede sein. Bald hier, bald dort ließen ihn seine Eltern in einem Pensionat zurück, wo er immer nur einige Monate in den Elementen des Wissens unterrichtet wurde; so in Hamburg, wohin sein Vater bald nach Arthurs Geburt sein Geschäftshaus verlegte, aber auch in Havre und London. Es ist nicht unwichtig für Schopenhauer's geistigen Entwicklungsgang, daß sein längster zeitweiliger Unterricht gerade im Ausland stattfand, in Havre, wo er voll zwei Jahre im Hause eines Geschäftsfreundes seines Vaters blieb. Als Arthur von Havre nach Hamburg zurückkehrte, hatte er das Deutsche so gründlich verlernt, daß er sich nur mit Mühe wieder an die harten Laute seiner Muttersprache gewöhnte. Diese französische Schulung ist

vestrum vulnus, ein Wort des Tacitus, dessen ergreifende Wahrheit die offenbar aus wundem Herzen geflossene Schrift behält. Wir lassen hier die einleitenden Sätze der kleinen Schrift folgen:

„Was den Inhalt einer Volksseele bestimmen will, hat nach drei Merkmalen auszuschauen, nach Sprache, Recht und Glauben. Alle anderen Merkmale sind secundär Natur; nur ein Volk als solches tödten will, der erreicht diesen Zweck nur, wenn er jene drei zu vernichten weiß. Drei Dinge sucht die russische Regierung ihren deutschen Ostsee-Provinzen zu rauben: die Sprache, das Recht, den Glauben. Das Recht ist gebrochen und wird noch täglich mit Füßen getreten; die Sprache ist zur Magd einer anderen Zunge herabgewürdigt worden; gelingt es, noch das dritte zu erreichen, dem Lande seinen evangelisch-lutherischen Glauben zu nehmen, nun, so ist das Ziel erreicht, entheilt liegt Livland da, und dem toden Körper mag geschehen, was da will, er wird sich nicht sträuben. Wie an der alten Ostsee-Colonie dieser Seelenmord vollzogen wird, das soll den Vorwurf der Schrift bilden, und wir bitten den Leser daher um Geduld. Was er liest, wir müssen erleben, erleben ohne Ausicht auf eine andere Wandlung, als auf die, welche zum Schlammkreis führt.“

Und nun folgt eine, wir können wohl sagen, ergreifende Schilddung dessen, was auf religiösem Gebiet an den Provinzen gesündigt worden ist, in historischer Darlegung, die zum größeren Theil auf bisher unbekannten Quellen ruht und einen nicht unmeinlichen Theil der neuesten Tagesgeschichte bildet. Der Verfasser hat, als er schrieb, die neuesten Gewaltmaßregeln, die Unterstellung jener 59 lutherischen Pastoren unter das russische Criminalgericht, noch nicht gekannt. Leider läßt sich auch von dieser empörenden Gewaltthat nicht sagen, daß sie ein non plus ultra bedeute. Die russische Regierung ist, nach all unseren Informationen, entschlossen, den Vernichtungskampf gegen das Lutherthum in den baltischen Provinzen zu Ende zu führen. Die 2. Schrift: „Rechtsbruch und Rechtsbruch der liv- und esthlandischen Privilegien“, an Umfang etwas stärker, als die vorhergehende, prüft die rechtliche Stellung der Provinzen an der Hand der ursprünglichen Quellen und nach den Grundsätzen des modernen Völkerrechts in schlagender, überzeugender Darlegung. Der Verfasser zerstört das sophistische Gewebe, durch welches der nackte Rechtsbruch verhüllt werden soll, und schließt mit den Worten: „Drängt sich aus dieser wahrheitgetreuen Darstellung aber ein Spiegelbild auf von der welt und tiefliegenden, durch keine Sophisten überbrückbaren Kluft, zwischen einerseits dem Rechtsbestand und andererseits dem Thatbestand, so wird der geneigte Leser dieser Darstellung die aus der Zwiespältigkeit sich ohne weiteres ergebenden tief traurigen und wahrhaft erschütternden Schlüssefolgerungen selber zu ziehen in der Lage sein, so daß auf eine nähere Auseinandersetzung in dieser Hinsicht hier verzichtet werden und der Rest Schweigen sein darf.“ Uns scheint, daß es ein billiger Wunsch ist, in so verzweifelter Lage bei den Stammes- und Glaubensgenossen wenigstens gehörig zu werden. „Sollte, sagt der Verfasser der ersten Broschüre, Livland nicht verdient haben, daß der Angstruß, vielleicht der letzte, gehört wird, den es halb erstickt ausstöhlt, im Ringen mit dem übermächtigen Gegner? Und wenn er verholt wirkungslos und unbeachtet, nun die geprägte Brust hat sich Luft gemacht, vielleicht gewinnt sie Raum zu neuem Altemzuge, und die Agonie ist um ein Weniges verlängert.“ Nun wir geben gerne zu: noster hic dolor, nostrum vulnus!

Provinzial-Beitung.

Breslau, 21. Februar.

Es sind soeben im Druck erschienen die Etats der selbstständigen, mit dem Stadthaushaltsetat nicht in Beziehung stehenden Verwaltungen der Stadt Breslau. Von denjenigen Etats dieser Kategorie, die für ein Jahr entworfen sind, darf derjenige der Promenadenverwaltung vielleicht am meisten das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen. Gegen Ende des vorigen Jahres war

sogar die Theilnahme unseres Publikums für diesen Etat in ganz besonderem Maße wahrgenommen worden, indem man ihn in Zusammenhang brachte mit der vielbesprochenen und vielbeklagten Hundesperrre, von der man einen bedeutenden Schaden für die Promenadenverwaltung befürchtete, da der mutmaßliche Ausfall an Hundesteuer durch das in Aussicht gestellte Abschaffen der treuen Lieblinge aus der Gattung canis als ein bedeutlich hoher veranschlagt wurde. Die gefürchteten Nachtheile sollten indeß nicht eintreten; die Hundesperrre ist nicht mehr — und so setzt der Etat die Hundesteuer auf beinahe ebensoviel an, wie im Vorjahr, nämlich auf 44 705 Mark, abzüglich der Erhebungstantieme mit 2 pGt., der Kosten der Hundesteuermarken und der für die Hunde der aktiven Militär-Personen zurückzugewährenden Steuer. Als fixirter Zuschuß wird der Promenadenverwaltung aus der Kämmereikasse die Summe von 9000 Mark gewährleistet. Einen sehr angenehmen Einnahmeposten bilden die Erträgnisse der Eisverpachtung auf dem Stadtgraben. Für die Eisbahnnutzung auf der Strecke von der Ohlauer bis zur Taschenstraße werden jährlich 10 010 Mark gezahlt (der Pachtvertrag geht auf fünf Jahre); minder hoch im Preise steht die Strecke von der Taschen- bis zur Schweidnitzerstraße (1640 Mark); für die Strecke von der Schweidnitzerstraße bis zum Königsplatz werden 4350 M. vereinnahmt. Im Ganzen betragen die Einnahmen der Promenadenverwaltung 95 310 M. Die dauernden Ausgaben betragen 82 425 M. Der Überschuß von 12 885 M. soll zu einem maligen außerordentlichen Ausgaben verwendet werden. Mit Hilfe dieser Summe gedenkt der Magistrat nach eingeholter Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung u. A. folgende Verbesserungen resp. Verschönerungen ins Leben zu rufen: An der Nordseite der Liebigs Höhe soll ein Laufbrunnen hergestellt werden; nach dem „Stadtspark“ (hier begegnet uns amtlich dieser Ausdruck für die Anlagen auf dem Lessingplatz, die man ebenso gut und vielleicht noch besser Lessingpark nennen könnte,) soll eine Wasserleitung geschaffen werden. Im Scheitniger Park beabsichtigt der Magistrat westlich vom Göppertshain eine neue Brücke anzulegen. Zum Gedächtniß des um den Park hochverdienten Stadtraths Moritz Eichhorn soll diese Brücke den Namen „Eichhorn-Brücke“ führen. Die Kosten der Brücke sind auf 2350 M. veranschlagt. Ferner wird die Herstellung gärtnerischer Anlagen auf dem Ritterplatz vor dem Oberlandesgericht geplant, wofür 1400 M. ausgeworfen sind. Der Göppertshain soll vorläufig 10 bis 12 Stück Promenadenbänke erhalten, und dem ästhetischen Sinn der Passanten des Königsplatzes will man dadurch entgegenkommen, daß für die beiden Rondels auf diesem Platze neue Drahtgitterumwahrungen angeschafft werden sollen, da „die vorhandenen einfachen Gitter nicht mehr mit den besseren Umwahrungen anderer Schnupfplätze harmonieren“.

Ein hier eingelaufenes Telegramm brachte vor einigen Tagen aus Berlin die Nachricht, daß der frühere Maurer Robert Conrad in Breslau, welcher s. B. aus Berlin ausgewiesen wurde, aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen worden sei, weil er angeblich als Agent im Dienste der Polizei stehe.

Darauf ging uns wie anderen hiesigen Blättern folgende Botschaft zu:

Die Behauptung, ich sei in den Dienst der Polizei getreten, ist von Grund aus unwahr, perfide erlogen, um mich des von den schlechten Arbeitern mir zugewandten Vertrauens zu berauben. Ich führe, falls meine Achtung in Berlin wirklich erfolgt sein sollte, dieselbe auf Machinationen und Verleumdungen hiesiger dunkler Ehrenmänner, in letzter Linie auf materielle Speculation zurück. Robert Conrad.

gewiß nicht ohne Einfluß auf die Ausbildung seines Styles geblieben, dessen Klarheit um so bewunderungswürdiger ist, als er ihn auf die abstracten Gebiete der Philosophie anwandte, die bisher in Deutschland in einer fast mythisch-dunklen und verstrickten Sprache behandelt wurden. Auch in London blieb er sechs Monate in der Pension eines Geistlichen; und hier legte er den Grund zu der intimen Kenntnis des Englischen, auf das er sein Leben lang stolz blieb. Von allen Dichtern liebte er nächst Goethe und den Alten am meisten Shakespeare und Byron.

Schopenhauer's Gegner haben es für einen Bildungsschaden erklärt, daß er in den Jahren, die sonst dem geregelten Unterricht gewidmet sind, ein unruhes Reiseleben führte. Aber gerade für einen Geist, wie es Schopenhauer war, durfte dieser Vorwurf ein ungerechtfertigter sein. Er hat sich selbst in seinen Werken mehrfach darüber ausgedrückt. Sein ganzes Denken bewegte sich in Annahmungen, nicht in Begriffen; und gerade das macht den entscheidenden Wert seiner Philosophie aus. „Die Annahmung ist es,“ sagt er im zweiten Band seines Hauptwerkes (Capitel 31), „welcher zunächst das eigentliche und wahre Wesen der Dinge sich ausschließt und offenbart. Alle Begriffe, alles Gedachte, sind ja nur Abstraktionen, mithin Theorievorstellungen aus jener und blos durch Wegdenken entstanden. Alle tief Erkenntniß, sogar die eigentlich Weisheit, wurzelt in der anschaulichen Auffassung der Dinge. Eine anschauliche Auffassung ist allemal der Zeugungsprozeß gewesen, in welchem jedes echte Kunstwerk, jeder unsterbliche Gedanke den Lebensfunken erhält. Alles Urdenken geschieht in Bildern. Aus Begriffen hingegen entspringen die Werke des bloßen Talents, die blos vernünftigen Gedanken, die Nachahmungen und überhaupt alles auf das gegenwärtige Bedürfniß und die Zeitgenossenschaft allein Berechnete.“ Und unmittelbar vorher erklärt er den Werth des Neiens, der seiner Meinung nach darin liegt, daß die objective Annahmung erweckt und ausgebildet wird. Ganz im Einklang damit steht, was er über die Erziehung im Allgemeinen sagt:

„Der Natur unseres Intellects zufolge sollen die Begriffe durch Abstraction aus den Annahmungen entstehen, mithin diese früher da sein, als jene. Wenn es nun wirklich diesen Gang nimmt, wie es der Fall ist bei dem, der blos die eigene Erfahrung zum Lehrer und zum Buche hat; so weiß der Mensch ganz gut, welche Annahmungen es sind, die unter jeden seiner Begriffe gehören und von denselben vertreten werden: er kennt beide genau und behandelt demnach alles ihm Vorkommende richtig. Wir können diesem Weg die natürliche Erziehung nennen.“

„Hingegen bei der künstlichen Erziehung wird durch Vorsagen, Lehren und Lernen der Kopf voll Begriffe gepfropft, bevor noch eine irgend ausgebrettere Bekanntheit mit der anschaulichen Welt da ist. Die Annahmungen zu allen jenen Begriffen soll nun die Erfahrung nachbringen: bis dahin aber werden dieselben falsch angewendet und demnach die Dinge und Menschen falsch beurtheilt, falsch gesehen, falsch behandelt. So geschieht es, daß die Erziehung schiefe Köpfe macht, und daher kommt es, daß wir in der Jugend, nach langem Lernen und Lesen, oft theils einfältig, theils verschroben in die Welt treten und nun bald angstlich, bald verneint uns darin benehmen; weil wir den Kopf voll Begriffe haben, die wir jetzt anzuwenden bemüht sind, aber fast immer sie verkehrt anbringen. Dies ist die Folge jener hysteron proteron, durch welches wir, vom sozialistischen Entwicklungs-

Nun mehr lesen wir in der „Börsischen Zeitung“:

Uns wird geschrieben: Vor dem mehrjährigen Letter der Berliner Maurerbewegung, dem Maurer R. Conrad, wird in der letzten Nummer des Zürcher „Socialdemokrat“ gewarnt. Nach den Angaben dieses Blattes soll Conrad im Dienste der Breslauer und Berliner Polizei stehen. Er soll tatsächlich den leichten Breslauer Geheimbund-Prozeß, in welchem u. A. auch der Reichstagsabg. Krämer nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft zu 7 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, auf dem Gemüth haben. Conrad wurde mit angeklagt, vom Gericht aber freigesprochen. Conrad wurde mit weiteren Kreisen zuerst durch die Kommunalwahlbewegung vom Jahre 1883, bei welcher sich die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins als solche zum ersten Male beteiligten, bekannt. Er kandidierte damals, erhielt aber nicht die genügende Stimmenzahl. Schon damals erregte sein Auftreten namentlich bei den Maurern Berlins peinliches Aufsehen; er hatte von einem conservativen Arbeitgeber Beschäftigung verlangt und die Aufage gegeben, daß er, falls ihm dauernde Arbeit zugesichert würde, die Berliner Maurer zu einem Übertritt in das conservative Lager veranlassen würde. Es gab aus diesem Anlaß zu jener Zeit erregte Debatten in der sozialistischen Presse, der compromittirende Brief Conrad's wurde — wenn wir uns recht entsinnen — in dem blägervereinlichen „Vorwärts“ veröffentlicht. Trotzdem gelang es Conrad, sich der Expedition des damaligen „Bauhandwerker“ zu bemächtigen, er erhielt dadurch eine dominirende Stellung in der jetzt auch schon lange lange verbotenen „Commission der Berliner Maurer“. Hier begann die unheilvolle Thätigkeit Conrad's. Er führte, wie aus den Verhandlungen später öffentlicher Maurer-Versammlungen hervorging, die Geschäftsbücher des „Bauhandwerker“ sehr lächerlich, er verstand es, die „Commission der Berliner Maurer“ lange Zeit hindurch zu täuschen und von einer eingehenden Revision der Bücher und Bestände abzuhalten. Vor einem öffentlichen Krach und noch unangenehmer Folgen rettete Conrad die Ausweisung aus Berlin. Er ging von hier nach Breslau, wo er sich so viel Anhang zu verschaffen wußte, daß ihm die Herausgabe eines neuen Blattes, der „Breslauer Volksstimme“, möglich wurde. Als Redakteur und Verleger dieses Blattes, welches vor ungefähr einem Jahre auf Grund des Socialistengesetzes verboten wurde, kam er häufig mit dem Straf- und Preßgesetz in Collision, er wurde zu harten Geldstrafen verurtheilt und diese benutzte er dazu, sich überall als Märtyrer und Opfer des Socialistengesetzes aufzuzeigen. In Breslau hatte er jedoch schon seit langer Zeit das Mützenraum der Genossen erregt. Der große Socialistenprozeß und spätere Bortomissne scheinen dem Faß den Boden ausgeschlagen zu haben. Nunmehr dürfte Herr Conrad für alle Seiten aufgehoben haben, in Arbeiterkreisen irgend eine Rolle zu spielen, denn eine Warnung im „Socialdemokrat“ ist das politische Todesurtheil für alle Diejenigen, die sich in der sozialistischen Bewegung etwas zu Schulden kommen lassen.

* Herr Oberlandesgerichtspräsident von Kunowski begab sich am Dienstag zu einer Schöffengerichtssitzung nach Strehlen.

* Stadttheater. Herr Felix Schweighofer tritt am Donnerstag, 23. Februar, in Stadttheater zum vorletzten Male auf und zwar auf vielfaches Verlangen noch einmal in den drei Einactern „Während der Börse“, „Wiener Genrebilder“ und „Eine Vereinschwester“. Am Mittwoch Nachmittag gelangt zu ermäßigten Preisen Schiller's „Wilhelm Tell“ zur Aufführung.

* Aus dem Bureau des Lobeltheaters wird uns geschrieben: Herr Director Schönfeldt hat bereitwillig den Mitgliedern das Lobeltheater pachtfrei bis zum 1. Mai 1888 überlassen und ist ihnen nach jeder Rückung auf das Liebenswürdigste entgegengekommen. Es wird nun das eifrigste Bestreben der Mitglieder sein, das Kunstinstitut auf derselben Höhe zu erhalten, auf welcher es bisher stand. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um ein abwechselndes und unterhaltsames Repertoire bieten zu können.

* Kunstgewerbeverein zu Breslau. In der letzten Sitzung hielt Herr Portrait- und Decorationsmaler Josef Langer einen Vortrag über „die Entwicklung der Decorationsmalerei“ vor einem zahlreichen Auditorium. Herr Langer wird seinen Vortrag in einer der nächsten Sitzungen fortführen. Zu gleicher Zeit hatte der Künstler eine Ausstellung verschiedener Skizzen veranstaltet. An der sehr lebhaften Debatte betheiligt sich namentlich die Herren Regierungs-Baumeister Grüger und Maler Rumtsch.

gange unseres Geistes gerade entgegen, zuerst die Begriffe und zuletzt die Annahmungen erhalten, indem die Erzieher, statt die Fähigkeit, selbst zu erkennen, zu urtheilen und zu denken im Knaben zu entwickeln, blos bemüht sind, ihm den Kopf voll fremder, fertiger Gedanken zu stopfen. Nachmalz hat dann eine lange Erfahrung alle jene, durch falsche Anwendung der Begriffe entstandenen Urtheile zu berichtigten. Dies gelingt selten ganz. Daher haben so wenige Gelehrte den gefunden Menschenverstand, wie er bei ganz Ungelehrten häufig ist.“

Die Kenner der Schopenhauer'schen Werke werden in diesen Worten den Schlüssel finden für die Methode seines Philosophiren, welche dieses nicht nur dem Gelehrten, sondern auch dem Laien zugänglich macht, weil es thatsächlich immer von den Annahmungen und niemals von den Begriffen ausgeht. Um eine seiner Ansichten zu stützen, ist das erste, was Schopenhauer herbeizieht, nicht eine logische Entwicklungsbreihe, sondern eine Sammlung von Thatsachen aus dem Leben und der Geschichte; er findet dieselben in der Litteratur aller Völker, die er alle genau kennt, in den Romanen und Geschichtswerken, selbst in den Tagesschriften oder er entnimmt sie aus seiner eigenen Beobachtung der Welt, wobei er sich gern auf solche Erfahrungen bezieht, die Federmann im Verlaufe des täglichen Daseins anstellen kann. Daher gewinnt seine Philosophie ein empirisches Ansehen, welches ihr Verständnis ungemein erleichtert. Zum ersten Mal ist durch ihn die Methode der Philosophie dieselbe geworden, welche die Naturwissenschaften verfolgen.

Muß man somit die anschauliche Richtung seiner Bildung für einen vortheilhaftem Umstand erklären, so litt seine Erziehung zugleich an einem beispielserwerten Mangel, der für seine Charakterentwicklung von den verderblichsten Folgen sein sollte. Es war das mißliche Verhältniß zu seiner Mutter, das späterhin zu offenbarem Hass umschlug.

Johanne Schopenhauer war eine geistreiche Frau, die aber nach dem übereinstimmenden Urtheil der Zeitgenossen arm an Gemüth und Seele war. Mütterliche Zärtlichkeit hat sie ihrem Sohn niemals bewiesen, sie duldet ihn nicht einmal in ihrer unmittelbaren Umgebung, denn sein mürrisches Wesen, seine Melancholie und früh gereiftes Urtheil verlebten ihr heiteres Temperament und genirten sie in ihrer Lebensweise, welche auf eitles Prunken im Kreise der Weimarer Litteraturgrößen ausging. Dazu kam noch dem frühzeitigen Tode ihres Gatten eine Verschwendungsucht, die das ererbte Vermögen aufzuzehren drohte und ihren Sohn der Gefahr aussetzte, seinen Lebensunterhalt selbst erwerben zu müssen. Nichts aber erschreckte den körperlich schwächeren Philosophen mehr, als die Aussicht, in eine solche Notwendigkeit versetzt zu werden. Er fühlte seine Unfähigkeit zu erwerblicher Thätigkeit so sehr, daß er auss Angstlichkeit bedacht war, sein Vermögen zusammenzuhalten und späterhin in offenbaren Geiz verfiel.

Zu all diesen Umständen trat trennend zwischen Mutter und Sohn die gegenseitige Verachtung ihrer geistigen Bestrebungen. Arthur erfüllte die Blaufärberei seiner Mutter mit Erbitterung, und diese wiederum hielt ihres Sohnes Philosophien für müßigen Grillenfang. Als er ihr ein Exemplar seiner Doctorarbeit „Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde“ überreichte, hörte sie, daß sei wohl ein Buch für Apotheker. „Man wird es noch lesen,“ erwiderte er, „wenn von Deinen Romanen kaum mehr ein Exemplar in einer Kumpelkammer steht.“

Antwort: „Von Deinen Büchern wird die ganze Auflage noch du haben sein.“ Kein Urtheil hatt ihn je so tief verletzt. Dieser Mangel eines liebenden Mutterherzens erklärt mehrere der unliebsamwürdigsten Seiten in Schopenhauer's Natur, erklärt vor allem seinen bis zum äußersten Cynismus getriebenen Weiberhaß.

Zeichnen wir mit ein paar Strichen den äußerlich wenig abwechselnden Lebensgang Schopenhauer's. Sein Vater hatte ihn zur Kaufmännischen Laufbahn genötigt. In der That trat er, Neujahr 1805, in die Lehre beim Senator Jenisch in Hamburg. Wenige Monate später erfolgte der plötzliche Tod seines Vaters, wahrscheinlich durch Selbstmord, in einem Anfälle von Melancholie, an welcher der Vater vielfach litt und die er auch auf den Sohn vererbt hatte. Fast zwei Jahre sah Arthur, aus Pietät gegen den Vater, seine Kaufmännische Thätigkeit fort; dann, in tiefste Verzweiflung durch seinen Beruf gestürzt, den er für einen verfehlten hielt, erwirkte er bei seiner Mutter die Erlaubnis, zu studiren. Im Laufe von zwei Jahren holte er die wissenschaftliche Vorbildung zur Universität in eiligem Fluge nach, und 1809 ging er nach Göttingen zum Studium der Philosophie und der Naturwissenschaften, das er 1811—13 in Berlin vollendete. Seine oben erwähnte Doctorarbeit erschien 1814. In demselben Jahre betrieb er zu Weimar mit Goethe optische Studien, deren Frucht die Abhandlung: „Über das Sehen und die Farben“ war. 1814 bis 1818 privatirtete er in Dresden, den ersten Band seines Hauptwerkes: „Die Welt als Wille und Vorstellung“ langsam ausarbeitend. Nachdem er das Manuscript desselben seinem Verleger Brockhaus eingeschickt hatte, trat er eine Reise nach Italien an mit einem Hochgefühl, wie es ihm nie wieder in seinem Leben zu Theil wurde. Zeugnis für seine bestiedigte Stimmung legen einige Verse ab, die er um jene Zeit in sein Tagebuch schrieb:

Aus lang gehegten, tief gefühlten Schmerzen
Wand sic's empor aus meinem innern Herzen
Es festzuhalten hab' ich lang gerungen,
Doch weiß ich, daß zuletzt es mit gelungen.
Mögt euch, wie immer dr'mit ihr wollt, gebärden.
Des Werkes Leben könne ihr nicht gefährden.
Aufhalten könnt ihr's, nimmernehr vernichten.
Ein Denkmal wird die Nachwelt mir errichten.

Von Italien zurückgekehrt, machte Schopenhauer einen schwachen Versuch, die akademische Carrrière einzuschlagen. Er ließ sich 1820 in Berlin als Privatdozent der Philosophie nieder. Im strengsten und bewußtesten Gegensatz jedoch zu dem königlich preußischen Hegelianismus stehend, der damals achtlich war, hatten seine Vorlesungen den denkbaren geringsten Erfolg. Verstimmt zog sich der junge Philosoph zum zweiten Male nach Italien zurück und rächtete sich durch seine bekannten Invectiven gegen die Universitätsprofessoren und die professorale Philosophie. Doch wäre es falsch, seinen Gegensatz zur herrschenden Philosophie allein aus seinem Misserfolg als Dozent herleiten zu wollen. Denn schon seine Tagebücher aus der Studentenzeit verraten, mit welcher tiefer Verachtung er auf Fichte, Schelling und Hegel herabblickte. Sein angstliches Naturell verhinderte ihn, einen zweiten Versuch zur Erlangung einer akademischen Lehrfähigkeit zu machen. Dazu steigerte sich seine Hypochondrie immer mehr und mehr zu offenbaren Menschenhassen, und so zog er sich denn im Jahre 1831 in den Schwäbischen Wald nach Frankfurt am Main zurück, in dem er bis zum Ende wie ein angeschossener Dachs in seinem Bau verblieb.

* Von der Universität. Am 24. d. Mts. wird Herr Richard Reichenstein aus Breslau seine Habilitationschrift: „Arriani tōr̄ usi Alcavdor libri septimi fragmenta e codice vaticano rescripto edita“ gegen die Herren Dr. phil. L. Cohn und Dr. phil. O. Rößbag öffentlich vertheidigen.

—d. Von der hiesigen Ober-Realschule. Am 21. d. Mts. unterzogen sich 3 Ober-Prinzipalier der mündlichen Abiturientenprüfung. Dieselben wurden für reif erklärt, einer unter Dispensation von der Prüfung. Den Voritz führte Regierungsrat, Schul- und Consistorialrat Eisemann, die städtischen Behörden waren durch Stadtrath Schmiedk vertreten.

—d. Auszeichnung. Der Münchener Thierschutzverein hat in seiner Generalversammlung vom 16. d. Mts. dem Vorsitzenden des Schlesischen Centralvereins zum Schutz der Thiere, dem Kgl. Departements-Dieterat und Veterinär-Assessor Dr. Ulrich zu Breslau, für seine langjährigen, erfolgreichen Bemühungen und hervorragenden Verdienste im Bereich des Thierschutzes einstimmig die silberne Perner-Medaille zuerkannt.

= Auszeichnung von Provinzial-Abgaben pro 1. Januar 1887 bis Ende März 1888. Durch den vom 31. Provinzial-Landtag für das Jahr 1886 festgestellten Hauptabfall der Provinzial-Bewaltung ist der vom Provinzial-Verbande aufzubringende Zufluss pro I. Quartal 1888 auf 135 000 Mark, zusammen auf 735 000 Mark festgesetzt. Derselbe ist vom Provinzial-Ausschuss gemäß § 111 der Provinzial-Ordnung unter Zugrundezuglegung des nach den Vorschriften der §§ 106 und 107 l. c. auf 20 996 370 Mark 10 Pf. ermittelten Steuerfolls der Provinz pro 1887/88 auf die Kreise verfestigt verteilt worden, daß auf diejenigen im Regierungsbezirk Breslau zusammen 333 068,58 M., darunter auf die Stadt Breslau 139 888,86 Mark, entfallen, und die Kreise im Liegnitzer Bezirk zusammen 187 062,12 Mark und im Regierungsbezirk Oppeln 194 869,30 Mark aufzubringen.

* Briefumschläge. Wegen der vornehmen äusseren Erscheinung gesucht, aber doch recht unpraktisch sind die jetzt im Handel vielfach vor kommenden Briefumschläge aus steifem, stark gepreßtem und geglättetem Papier. Dieselben werden an den Rändern leicht brüchig und springen deshalb während der Postförderung häufig auf. Unliebsame Weiterungen und selbst Verluste von Briefen sind die Folge davon. Wir möchten sehr von dem Gebrauch solcher Briefumschläge abraten, indem wir auf die diesbezüglich schon wiederholt ergangenen warnenden Bekanntmachungen der Postbehörde hinweisen.

— Die Marianische Bruderschaft in Schweidnitz. Die am Montag, 20. cr. stattgefundenen Vortrags-Veranstaltung des Vereins für das Museum schlesischer Alterthümer eröffnete der Vorsitzende Sanitätsrat Dr. Grempler, welcher nach einer Mitteilung über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes, Dr. Bernicke zum Vortrage „über die Marianische Bruderschaft in Schweidnitz und ihre kunstgeschichtlichen Denkmäler“ das Wort erhielt. Dr. Bernicke constatierte in der Einleitung seines Vortrages, daß die mittelalterlichen Genossenschaften, mochten sie sich Hanse, Gilde, Zech, Innung, Bunt u. a. nennen, sich stets als Bruderschaften der Kirche anzuschließen und unter das Patrocinium eines Schutzherrn zu begeben, sich „einzuordnen“ pflegten. Sie hatten in den Kirchen ihre besonderen Capellen, ihre Messpriester und besondere Andachten. Während in der schlesischen Hauptstadt den Genossenschafts-Bruderschaften die Nebenkirchen dienten, behaupteten sie sich in den Provinzialstädten in den Hauptkirchen. In der in ihrer gegenwärtigen Form um 1230 erbauten Pfarrkirche zu Schweidnitz, welche den slavischen Blutzeugen Stanislaus und Wenzeslaus geweiht war, bestanden noch um 1667 nicht weniger als 40 Altäre von Innungs-Bruderschaften, die erst 1680, als der Breslauer Bischof Cardinal Friedrich von Hessen den Jesuiten die Kirche übergab, aufgehoben wurden. Erhalten hat sich die Marianische Bruderschaft deshalb, welche zu den ältesten zählt. Dieselbe ist im Besitz eines Ablakbriefes vom Jahre 1288, welcher allerdings Indulgenzen im Allgemeinen allen denen zubilligt, welche zu der Fabrica ecclesiae — dem Kirchenbaufonds — Opfer beisteuern. Der Marien-Cultus wurde in Schlesien durch die heilige Hedwig besonders gefördert und einem Hermann von Glogau, welcher als erster Pfarrer von Schweidnitz genannt wird. 1331 führte Bischof Ranker von Breslau das Ave-Marien mit den entsprechenden Gebeten ein. Die Marianischen Bruderschaften, deren Einführung man den Flamingern oder Walonen zuschreibe, mögen daher schon im 13. resp. 14. Jahrhundert entstanden sein. Im Jahre 1380 wird die Schweidnitzer Marianische Bruderschaft zum ersten Male urkundlich erwähnt und zwar als juristische Person. Um 1434 constituierte sich die Bruderschaft, welche die Habsburger-Kriege arg mitgeplündert, von Neuem, nachdem Papst Eugen 1432 durch ein Breve den erhalteten religiösen Eifer angeregt hatte. Der Vortragende giebt hierauf Nachricht über den wesentlichen Inhalt des in der naiven Weise seiner Zeit abgefaßten Statuts der Bruderschaft. Als besonders interessant sei hervorgehoben, daß „unsere Verbindung“ auch die Einrichtung des „Geheimniss“ hatte und daß hierbei das „Troppel“-Würfel-Spiel bei Strafe verboten war. Die Bruderschaft besaß ein im Schweidnitzer Archiv noch gegenwärtig vorhandenes Totenbuch, welches viele Namen aufweist, darunter den eines Bischofs von Krakau, der Bischof Peter Ponag und Godoc von Rosenberg von Breslau, die 2 Maler, eines Steinmeisters, eines Goldschlägers, 1 Papiermachers u. a. Die Bruderschaft erhielt vielfach von Hochgestellten Beweise der Münificenz, so im Jahre 1448 von dem Breslauer Bischof, 1460 vom Bischof Hyeronimus v. Creta, dem Verwandten des Bischofs Godoc von Breslau Hesse v. Hohenberg, welcher ihr wertvolle Reliquien zuwenden. Im Jahre 1461 wurde die Kapelle der Bruderschaft im Bau vollendet. An dieser ist besonders die Bierfäulenarade als schöne Leistung der Steinmeister der schlesischen Spätgotik kunstgeschichtlich bedeutend und bemerkenswert. In der oberen Kapelle finden sich zwei Skulpturen „Schweizstuck der hl. Veronica“ und „Verkündigung Mariä“ aus dem 14. Jahrhundert vor. Das wichtigste Kunstdenkmal ist aber der große, im Jahre 1492 vollendete fünfflügelige Klappaltar, dessen Mitteltafel den Tod Mariä in der naiven anachronistischen Weise des fünfzehnten Jahrhunderts darstellt. Im Jahre 1588 wird eine Ausbeferung des Altars angeordnet und hierbei den betreffenden Kunstdarstellern vorgeschrieben: „Alles so zu erhalten, wie es überliefert sei“, eine für unsere Zeit nachahmenswerte Anordnung. Die Ausführungen führen den Vortragenden, welcher es sich bei seinen Studien zur besonderen Aufgabe gemacht, zwischen vorhandenen schlesischen Werken der bildenden Künste früherer Jahrhunderte und ihren Meistern eine authentische Beziehung festzustellen, zu der Frage: welche Meister haben Arkade und Altar erzeugt? Vielleicht die im Totenbuch genannten Maler Funke und Walterstein und Steinmeier Riedel (A). Die Bruderschaft besaß — nach Nicolaus Thomas, dem Heimchronisten — prachtvolle Paramente und Cultusgegenstände, so karmelitisch zwei kostbare Capellen mit Bildnissen der Madonna und des hl. Wenceslaus. Auch verfügte die Bruderschaft über ausehnliche Capellen, sie gewährte Beiträge zu Bauten und Darlehen. Der 30jährige Krieg ging nicht spurlos an ihr vorüber. Redner schließt mit der Bemerkung, daß außer in Schweidnitz noch in Brieg, Bunzlau, Cottbus, Groß-Glogau, Guhrau, Reichenbach Marien-Bruderschaften bestanden haben, welche sich den dortigen Pfarrkirchen anschlossen. Auch diese bieten reichen Stoff zu kunsthistorischen Forschungen. Die Situation der Capellen wird durch einen aus Schweidnitz requirierten Grundriss der Schweidnitzer Kirche von dem Regierungsbaumeister Lutsch erläutert. Der Vorsitzende demonstriert hierauf treue Nachbildungen von zwei Steinbänkern, welche zusammen mit dem bei Görlitz O.S. aufgefundenen Einbaum-Canne, das sich Schlesischen Alterthums-Museum befindet, ausgegraben wurden, doch im Original dem Berliner Museum für Völkerkunde zugefallen sind. Das Berliner im Museum hat die Copien auf Requisition unseres Museums-Vorstandes für das hiesige Alterthums-Museum anfertigen lassen. — Die nächste Vortragsitzung findet am Montag, 5. März, statt. Herr Regierungsbaumeister Lutsch wird über das Schloß in Carolath bei Beuthen O.S. sprechen.

—d. Bezirksverein der Odervorstadt. Am Sonnabend, 25. d. M. Abends 8 Uhr, feiert der genannte Verein im Restaurant Sanssouci (Mehlstraße Nr. 11) sein Stiftungsfest, für welches ein reichhaltiges und vielversprechendes Festprogramm aufgestellt worden ist.

—d. Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt. In der letzten, unter dem Voritz des Kaufmanns und Stadtverordneten Weinhold abgehaltenen Versammlung hielt Kunstschildermeister Kimpel einen beißig aufgenommenen Vortrag über „die Mode und unsere Zeit“, in welchem er die Ausschreitungen in der Bekleidung der Frauen und Kinder, die moderne Jugendbildung und die Mode im Kunsthändlerwerk, welche den Handwerker zur gedankenlosen Maschine stempeln, in einer oft recht drastischen Weise gezielt. — Am Dienstag, 13. März c., gedenkt der Verein bei Paul Scholz auf der Margarethenstraße sein Stiftungsfest zu begehen, vorausgesetzt, daß bis dahin keine schlimmeren Nachrichten aus San Remo eintreffen. — Die Direction der Breslauer Straßen-Eisenbahngesellschaft teilt durch Schreiben mit, daß sie das Gesuch der Be-

wohner der Ohlauer Chaussee, betreffend die Verlängerung der Klosterstrassenlinie bis Rothkreischan, abgelehnt habe, weil durch die fortlaufend gemachten statistischen Aufzeichnungen über den Verkehr auf der Linie der Klosterstraße nachgewiesen sei, daß eine weitere Ausdehnung dieser Strecke zur Zeit nicht rentabel erscheine bzw. ein wirkliches Bedürfnis dafür nicht vorliege. Aus diesem Grunde müsse sie auch das gleiche Gesuch des Bevölkerungsvereins der Ohlauer Vorstadt ablehnen. Sie bemerkte übrigens, daß die Entwicklung der einzelnen Stadtteile, besonders der Vorstädte permanent im Auge behalte und daß sie, wenn sich auf irgend einer Linie das Bedürfnis für eine Erweiterung herausstellen sollte, diese zur Ausführung bringen werde.

* Eine neue Meliorationsgenossenschaft ist durch landesherrliches Statut vom 30. Januar d. J. zu Bischofsdorf, Kreis Rosenberg, begründet worden, welche den Zweck hat, die dem Meliorationsgebiete angehörigen Grundstücke nach dem Plane des Culturenmeisters Koch in Kreuzburg durch Entwässerung zu verbessern. Die Genossenschaft führt den Namen „Entwässerungsgenossenschaft zu Bischofsdorf“, hat dafelbst ihren Sitz und erhält zur ersten Ausführung der Melioration ein Staatsdarlehn in Höhe der auf die beteiligten bürgerlichen Besitzer entfallenden Kosten, wogegen von den zum Gutsbesitz, bzw. Kgl. Hausfief-Commis Bischofsdorf gehörigen Flächen die statutenmäßigen Beiträge entrichtet werden.

Z. Vom Riesengebirge. Der Professor der Geodäsie, Dr. Albrecht aus Berlin, traf am vergangenen Freitag in Hirschberg ein, um Sonnabend früh in Begleitung des Koppenwirths Wohl die Schneekoppe zu besteigen. Er verfolgte hierbei nicht bloß den Zweck, eine winterliche Bergwanderung zu genießen und die Schönheiten des Riesengebirges im schneigen Gemände zu bewundern, sondern es galt, den geeignetesten Punkt auf dem Koppenpegel ausfindig zu machen, wo das Haus aufgebaut werden soll, in welchem der Professor im nächsten Sommer im Auftrage des geodätischen Instituts eine Reihe von Beobachtungen anstellen wird. Deshalb hatte sich der kleinen Expedition noch der Bauunternehmer Felsmann aus Schmiedeberg mit einem Gehilfen angeschlossen, welcher für den Bau des Beobachtungshauses engagiert ist. Der ermittelte Platz ist noch auf preußischem Boden, und zwar zwischen den Koppenfelsen und dem Gebäude der Hauptrestauratur. Auf gemauertem Sockel wird sich in 2½ Meter Höhe der ebenso breite und reichlich 4 Meter lange Bau erheben. Die Holzlage ist bereits fertig und kommt in der nächsten Zeit zum Transport nach oben. Professor Albrecht wird zu ständigem Aufenthalt auf der Schneekoppe im Mai eintreffen. — Der Aufstieg am Sonnabend, der Aufenthalt auf der hohen Warte und der Abstieg zum Thale am Sonntag Vormittag waren von schönstem Winterwetter begünstigt; man hätte auch nicht nötig, von den mitgenommenen Steigen Gebrauch zu machen. Große Bewunderung erregte den Touristen die am Ausgang des Gehängbaches angehäuften riesigen Schneemassen, die einzelne Telegraphenstangen so weit verschoben haben, daß nur noch die Isolatoren herausgucken. Zwischen der Niemenbaude und der am Koppenpegel gelegenen Steinbaude haben die Schneefürme die Telegraphenstange 325 vollständig aus dem Erdoden gerissen. Kurz vor dem Abstieg von der Höhe am Sonnaberg hatten die Touristen Gelegenheit, die so seltene Erscheinung des „Brocken-Gespenstes“ zu beobachten. Es war 1½ Uhr, als die Nebel zerriß und von der Gallerie der preußischen Baude aus der Blick gegen das Warmbrunner Thal frei wurde. In der selben Richtung strahlten in äußerst intensiver Färbung zwei regenbogenfarbige Ringe, welche die Baude und die davorstehenden Personen als Schattenbilder völlig umrahmten. Jede Bewegung schattete sich gleichfalls ab. Leider dauerte dieses Phänomen nur etwa eine Minute, da die Nebel in raschem Zuge die Luftgebilde verdeckten. Auf dem Rückwege hat Professor Dr. Albrecht der St. Annakapelle einen Besuch abgestattet.

—g. Unglücksfälle. Der auf der Herrenstraße wohnende Kutscher August Fija litt am 20. d. M. gegen Abend auf der Grenzbaustraße aus und fiel zu Boden. Der Mann, welcher bei dem Aufprall einen Bruch des linken Beines davontrug, wurde in die Königl. chirurgische Klinik aufgenommen. — In derselben Krankenanstalt befindet sich der auf der Basteigasse wohnende Portier Max R. in ärztlicher Behandlung, der sich am 19. d. M. ebenfalls bei einem Falle auf der Straße einen Schlüsselbeinbruch linkerseits zugezogen hatte.

+ Unglücksfall. In das Krankenhaus der Diakonissen-Anstalt Bethanien wurde am 18. Februar die 18 Jahre alte Magd Rosina Kalupke aus Korschitz, Kreis Oels, aufgenommen, welche mit der linken Hand in das Getriebe einer Drehmaschine gerathen war und sich eine schwere Verlehrung zugezogen hatte.

—g. Schuhverlehrung. Ein auf der Seminargasse wohnender Student der Zahnheilkunde wurde heute Morgen gegen 5 Uhr schwer verletzt in das Allerheiligsten-Hospital gebracht. Der junge Mann hatte sich in Lößnitz in der versloffenen Nacht mit einem Revolver einen Schuß in die linke Stirnseite beigebracht. Das Geschöß, welches nicht tief eingedrungen war, wurde aus der Wunde entfernt.

+ Vermißt wird seit dem 11. d. M. das 18 Jahre alte, bisher bei einem Conditor auf der Albrechtsstraße in Stellung befindliche Dienstmädchen Helene Schlafke. Das Mädchen soll die Abficht geäußert haben, sich das Leben zu nehmen. Die Vermißte ist von mittelgroßer, untersetzter Statur, hat blondes Haar und trug rothaarne Schürze, graues Kleid und gemusterte Kittjacke.

+ Verhaftet wurde der Dekonom Heinrich M., welcher am 16. Januar c. 5 werthvolle Cigarren-Güts unterschlagen hatte. — Ferner wurden zwei Bahnarbeiter festgenommen, welche aus einem Gütermagazin der Rechte-Oder-Eisenbahn wiederholt Getreide und Kleefasern gestohlen hatten.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: einem Speditionsfirma von der Siebenhüsenerstraße ein 24 Kilo schweres Collo, signirt G. E. & B. Nr. 357, welches Baumwollengemüe enthielt, einer Wirtschaftlerin von der Sternstraße eine goldene Brosche, der Frau eines Seifenfabrikanten von der Albrechtsstraße eine Partie Lisch-, Leib- und Bettwäsche, der Frau eines Weichenstellers von der Gräbendorferstraße 4 Mark. — Gefunden wurde: ein Portemonnaie mit 11 M.; es wird im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

△ Schweidnitz, 19. Febr. [Magistrat.] Die Wahl des Bürgermeisters Thiele in Beitz zum ersten Bürgermeister unserer Stadt ist bestätigt worden. Der Amtseintritt derselben dürfte wohl in der Mitte des Jahres erfolgen. Der bisherige Magistratschef scheidet am 13. Mai, wo seine dritte Wahlperiode abläuft, aus seinem Amt.

—oe. Bunzlau, 17. Febr. [Stadtverordneten-Sitzung.] An der heute Nachmittag stattgehabten Stadtverordnetensitzung kam die Angelegenheit, betreffend die anderweitige Organisation der Forstverwaltung zur endgültigen Regelung. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, den Anträgen der aus drei Mitgliedern des Magistrats und acht der Stadtverordneten-Veranstaltung zusammengefügten gemeinsamen Commission beizutreten. Danach soll der bisherige Oberförster Schmidt vom ersten October cr. ab mit einem Gehalte von 3300 M. jährlich pensionirt werden. Neu angestellt soll werden ein Oberförster, welcher die Oberleitung der gesammten Forstverwaltung, sowie der Torf-Fabrikation zu führen hat und dem das gelassene Forstschutz- und Torfbeamtenpersonal unterstellt ist. Er hat den Magistrats- und Stadtverordneten-Sitzungen, in welcher es sich um Forst- und Torfangelegenheiten handelt, beizuhören und führt den Voritz in der Forst- und Torf-deputation.

△ Steinau a. O., 18. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten trug Herr Bürgermeister Lange den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelgenheiten pro 1887 vor. Im verlorenen Jahre sind in die hiesigen Standesamts-Register 97 Geburten, 49 männliche und 48 weibliche, 29 Eheschließungen und 171 Sterbefälle eingetragen worden.

V Liegnitz, 19. Febr. [Allgemeiner Deutscher Schulverein.] Im Saale des Central-Café's hielt heut Vormittag der „Allgemeine Deutsche Schulverein zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande“ seine General-Versammlung ab. Der Tagesordnung gemäß gab der Vorsitzende des hiesigen Zweigvereins, Herr Redacteur Dr. Rosenberg, Bericht über die bisherige Thätigkeit und die Entwicklung des Vereins, welcher bereits einige 70 Mitglieder zählt. Der Kassenbericht des Herrn Nicolai ergab außer einem Reissfonds von 60 M. einen Kassenbestand von 141,65 M. Nach längerer Debatte über die Verwendung dieser Gelder wird beschlossen, den gesamten Betrag an den Central-Vorstand in Berlin zu überweisen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wird Herr Dr. Rosenberg als Vorsitzender, und Herr Stadtssekretär Krause als Schriftführer wiedergewählt. Neugewählt werden als stellvertretender Vorsitzender Herr Dr. Lempe, als Kassirer Herr Stadtrath Matthes, als Beisitzer der bisherige Kassirer Herr Nicolai und Herr Ober-Postsekretär Wohl. Zum Schlüß wird einem Antrage des Herrn Reiche zugestimmt, welcher empfiehlt, demnächst eine Festlichkeit zu veranstalten, durch welche das Interesse für die Bestrebungen des Vereins angeregt werden soll.

-i. Strehlen, 19. Februar. [Der Strehlener Landwirtschaftliche Verein] wird beim Central-Collegium der schlesischen Landwirt-

shaftlichen Vereine folgenden Antrag einbringen: „Das Central-Collegium wolle beschließen, die Regierung zu Breslau anzuheben, die Verordnung vom 26. August 1887 dahin zu ergänzen, daß Dienstboten, welche die Ausfertigung eines neuen Dienstbüches beantragen, angehalten werden sollen, vorerst mindestens ein Bezeugnis der letzten Dienstherrschaft beizubringen.“

△ Oels, 18. Febr. [Comunales.] In der Stadtverordnetensitzung vom 17. cr. brachte der Magistrat eine Vorlage, betreffend die Errichtung eines städtischen Wasenhäuses ein. Die Anregung zu diesem Project wurde durch die Feste des Jubiläums unseres Herrschares im Jahre 1879 gegeben. Dieses Capital ist in mittleren 13276 M. angewachsen. Der Magistrat hält dieses für ausreichend, die Anstalt nun mehr am 1. April cr. mit etwa 6-8 Waschkindern eröffnen zu können.

— Die Stadtverordnetenversammlung setzte ihre Beschlusssitzung aus, bis über das Verwaltungsstatut der Anstalt eine Vereinbarung mit dem Magistrat stattgefunden haben wird.

W. Tarnowitz, 20. Febr. [Plötzlicher Todessfall.] Gestern verweilte Herr Rechtsanwalt Schatz aus Beuthen beschwerte hier bei seinen Eltern und Schwiegereltern. Heute früh fuhr derselbe mit dem um 7 Uhr 45 Minuten von hier abgehenden Zuge wieder nach seinem Heimatorte. Als man in Beuthen über die Waggontür öffnete, fand man Herrn Schatz tot im Coups vor, ein Schlaganfall hatte dem Leben des kaum 30 Jahre alten Mannes ein Ende gemacht.

a. Ratibor, 21. Febr. [Oberschlesischer Kriegerverband.] Das Präsidium des oberschlesischen Kriegerverbandes hielt am 19. d. Mts. unter Vorsitz des Staatsanwalts Dr. Benedict im Hotel zum deutschen Haus eine Sitzung ab, in welcher fast sämmtliche Mitglieder des Präsidiums erschienen waren. Die Versammlung beschloß einmütig den Anschluß des oberschlesischen Kriegerverbandes „Vorort Ratibor“ an den deutschen Kriegerbund, sobald dem Letzteren der Provinzial-Kriegerverband für Schlesien beitreten sein wird. Die Beiträge für den Provinzialverband und den deutschen Kriegerbund sollen aus der Verbandskasse des oberschlesischen Kriegerbundes bestritten, mit Bezug darauf aber keine erhöhten Anforderungen an die einzelnen Vereine gestellt, sondern die Beiträge in der bisherigen Höhe erhoben werden. Die Kriegervereine Rauden und Sakrau wurden in den Verband aufgenommen, während die Kriegervereine Janowitz und Borutin aus dem Verband ausschieden. Der nächste Delegententag bzw. das Verbandsfest soll am 1. oder 8. Juli d. J. in Swawenz stattfinden. Die Verbandskasse weist gegenwärtig einen Bestand von 139 M. auf. Nach der Sitzung vereinigten sich die Mitglieder des Präsidiums zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen, wobei Staatsanwalt Dr. Benedict auf den Deutschen Kaiser und den Kronprinzen tostete.

Handels-Zeitung.

* Stempelfreiheit von Spritlieferungsverträgen: Bestimmung des Werthbetrags bei Spiritus-Börsengeschäften. Wir entnehmen hierüber den Mittheilungen des Vereins der Spiritusfabrikanten Deutschlands Folgendes: Seitens der betreffenden Steuerbehörde ist einem unserer verehrlichen Vereinsmitglieder auf die Anfrage, ob Spritlieferungsverträge zwischen Spritfabriken und ihren Abnehmern stempelfrei sind, und ob bei Spiritus-Börsengeschäften für die Bestimmung des zu versteuernden Werthbetrages auch der Werth der Gebinde eingerechnet werden muss, folgendes Antwortschreiben ergangen:

„Der Spritfabrik erwidere ich auf die an den Herrn Finanzminister gerichtete, an mich zur Bescheidung abgegebene Anfrage vom 15. November v. J. im Auftrage des Letzteren ergebnest, dass in Zukunft auch von den Verwaltungsbehörden hinsichtlich der Verstempling der Kauf-, Lieferungs-, Tausch- etc. Verträge nach den von der neueren Rechtsprechung aufgestellten Grundsätzen verfahren werden wird.“

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* Berlin, 21. Febr. Das Abgeordnetenhaus beriehlt heute in erster Lesung die Secundärbahnhvorlage. In gewohnter Weise wurde die Vorlage benutzt, um die Localschmerzen der einzelnen Wahlkreise, von denen der Abg. v. Meyer-Arnswalde einst in seiner humoristischen Art sprach, zur Sprache zu bringen. Nicht weniger als 28 Redner machten von dieser Gelegenheit Gebrauch, sich als pflichttreue Vertreter der Sonderinteressen ihrer Wähler zu zeigen. Meist waren es die Klagen der leer ausgegangenen Kreise, mitunter auch lebhafte Dankesagungen, die heute zum Ministerium drangen. Herr Maybach versprach denn auch für die Zukunft noch umfangreichere Secundärbahnlinien zu bauen. Von schlesischen Abgeordneten befürwortete der Abg. Halberstadt den Bau einer Bahn von Löwenberg nach Petersdorf, da der Kreis für die Überschwemmungsschäden entschädigt werden müsse. Zudem sei die Ausschließung des Waldenburger Kohlenreviers nothwendig. Die österreichische Regierung habe zu diesem Zweck eine Bahn von Hohenelbe bis Roßlitz in Aussicht gestellt. Weiterhin regte der Redner den Weiterbau der Linie Goldberg-Schönau an. Der Abgeordnete Rickert betonte, daß die gar zu großen Fällen der vorgebrachten Sonderinteressen das Ansehen des Parlaments nur schädige. Die Generaldebatte gehörte allgemeinen Größertungen, die Specialwünsche könnten in der Commission vorgebracht werden. Die Redner der Cartell-Majorität waren indes anderer Ansicht und auch der Abg. Biesenbach verkündete es pathetisch unter stürmischer Heiterkeit des Hauses als die erste Pflicht eines Abgeordneten, „mit Mannesmuth“ die Wünsche seines Wahlkreises vorzutragen. Der Abg. Meyer (Breslau) schlug deshalb vor, in Zukunft eine besondere „Dankesagungssitzung“ des Hauses anzuberaumen. Die Vorlage wurde an die Budgetcommission verwiesen. Morgen gelangt der Eisenbahngesetz zur Beratung.

Abgeordnetenhaus. 22. Sitzung vom 21. Februar.

11 Uhr.

Um Ministerricht: Maybach und zahlreiche Commissarien. Eingegangen sind: 1) der 39. Bericht der Staatschulden-Commission über die Verwaltung des Staatsschuldenweins im Rechnungsjahr 1886/87; 2) ein Gesetzentwurf, betr. die Übertragung polizeilicher Befugnisse in den Kreisen Teltow und Niederbarnim sowie im Stadtteil Charlottenburg an den Polizeipräsidenten von Berlin.

Der Abg. Schneider-Büllau ist gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinien für Rechnung des Staates und sonstige Bauausführungen und Beschaffungen zur Vervollständigung und besseren Ausführung des Staatsseisenbahns, sowie die Beleihung des Staates an den Baukosten einer Eisenbahn von Sigmaringen (Inzigkofen) nach Tuttlingen.

Abg. v. Endevert vermeidet in der Vorlage die schon früher von ihm gewünschte Linie von Steitnitz nach Uedermünde und von Wollin nach Ostswine, um deren Berücksichtigung er nochmals bitte.

Abg. Jordan dankt der Regierung für den Bau der Linie Mayen-Geroldstein.

Abg. Jürgensen wünscht den Bau einer Linie Tönning-Gabing im Kreis Eiderstedt.

Abg. Graf Solms möchte, daß im nächsten Jahre die Bahn Barth-Wolgast über Richtenberg und Franzburg nach Grimmen fortgeführt werde.

Abg. Meucken bittet um größere Berücksichtigung der Anwohner der Bahn Mayen-Geroldstein in finanzieller Beziehung.

Abg. Brökmann wünscht eine größere Berücksichtigung der Westfalen und besonders des Kreises Bitburg.

Minister Maybach: Auch ich hätte gewünscht, daß die Vorlage eine noch weitere Ausbaunahme enthielte. Wir hoffen aber, daß die Entwicklung rügt weiter fördert wird, besonders wenn uns Gott den Frieden erhält. (Beifall.) Auch diese Vorlage bestätigt die bisherigen guten Erfahrungen, die man mit dem Staatsseisenbahnen gemacht hat. Der Minister gibt dann einen Überblick über die Entwicklung des Staatsseisenbahns und die finanziellen Ergebnisse, die besonders zu Amortisationen, Meliorationen und zu einer umfassenden Vermehrung der Stationen verwendet seien. Er bittet das Haus, die Vorlage in der Commission wohlwollend zu prüfen, da sie dem Wohl des Landes erheblich dienen werde.

Abg. Mooren will die Linie Aachen-Borscheid so verlegt wissen, daß die bisherige Störung für die Entwicklung Borscheds fortfällt.

Abg. Bork bedauert, daß sein Kreis Biedenkopf zu den Grunderwerbskosten herangezogen würde, während reichere Gegenden nichts zu zahlen hätten.

Abg. Dr. Sattler bittet die Regierung, bei einer künftigen Vorlage die Provinz Hannover mehr zu berücksichtigen, insbesondere die Linie Bremen-Osnabrück mit der Hannover-Mindener Bahn zu verbinden.

Abg. Halberstadt bittet um Fortsetzung der Linie Siegen-Goldberg über Schönau hinaus.

Abg. Bode befürchtet, daß die projectirten Linien Vallendar-Herbolzhausen und Gotha-Leinefelde nach Großenbachtal den Ort Mühlhausen schädigen könnten, und bittet um möglichsteste Beschleunigung des Bahnbauens Langensalza-Erfurt.

Abg. Knebel wünscht eine Verbindung der Eifel-Hochbahn mit der Nahe- und Saarbahn.

Abg. Wirth befürwortet im Interesse des Regierungsbezirkes Wiesbaden den Ausbau der Taunusbahn.

Abg. v. Strombeck macht darauf aufmerksam, daß die vor 2 Jahren bewilligte Linie Worbis-Leinefelde, welche das Eichsfeld aufzuschließen bestimmt ist, noch immer nicht hat in Angriff genommen werden können, da der Kreis Worbis zu arm sei, um die Grunderwerbskosten aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Regierung müsse den Kreis von dieser unerfüllbaren Verpflichtung entbinden.

Abg. Bödiker vermeidet in der Vorlage die dringend notwendige Verbindungslinie Marienheide-Wipperfürth in der Alpenprovinz und die ebenso notwendige Linie Meppen-Hajen-Lünen-Duvenbrück. Er giebt ferner dem Minister zu erwarten, ob nicht eine Verlängerung der Bahn Hilleshem-Braunshausen nach Oebisfelde sich empfiehlt.

Abg. Wessel empfiehlt ganz besonders die in der Vorlage vorgeschlagenen Linien Hohenstein-Marienburg, bzw. Miswalde-Malente und Miswalde-Elbing dem Böschungen des Hauses und beantragt, den Entwurf der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Olzem befürwortet zur besseren Verbindung des Nahethals mit der Pfalz den Bau einer Linie Dahnholz-Kusel.

Abg. Sander bedauert, daß die Provinz Hannover in der diesmaligen Vorlage so schlecht wegkommen ist. Er wünscht insbesondere den baldigen Bau einer Elze-Gronau-Sesen.

Abg. Jacobs-Landsberg bittet um den Bau einer Eisenbahn von Landsberg nach Schwerin an der Warthe.

Abg. Behr-Deutsch-Krone verlegt, daß noch immer keine Mittel für den dringend erforderlichen Umbau der Bahnhöfe in Danzig vorhanden seien. Im übrigen tritt er den Ausführungen des Abg. Wessel bei.

Abg. Natrop bemängelt die geringe Höhe der für Beschaffungen zur Vervollständigung und besseren Ausführung des bereits bestehenden Staatsbahns ausgeworfenen Summen von 8 Millionen. Er bittet dieses technischen Punktes wegen die Vorlage einer besonderen Commission zu überweisen.

Minister Maybach: Den Vorredner wird es vielleicht beruhigen, wenn ihm mitgetheilt wird, daß diese Summe wesentlich für eine Verstärkung des Personenverkehrs in Aussicht genommen ist. Für den Güterverkehr sind auch, wenn er noch erheblich zunehmen sollte, vorerst keine Mittel nicht erforderlich. Die 8 Millionen sollen vor Allem die Einlegung neuer und die Verbesserung bestehender Personenzüge ermöglichen.

Abg. v. Heede plädiert für den Bau der Linie Oberhausen-Brügge, die von erheblichem wirtschaftlichen Nutzen sein würde.

Abg. Lassen wünscht die Ausschließung des fruchtbaren Kreises Sonderburg durch Schienewerbindungen.

Abg. Biesenbach ist erfreut, daß endlich die Erweiterung des überlasteten Bahnhofs Bohnwinkel in Angriff genommen werden soll, und befürwortet im Anschluß daran den Bau einer Verbindungsbahn von Höllips nach Hilden.

Abg. Frhr. v. Grote hält den baldigen Bau einer Verbindung zwischen Salzwedel und Dömitz in Mecklenburg für wünschenswerth.

Nachdem noch die Abg. Lehmann, von Puttkamer-Plauth, Döring, Krebs (Braunschweig), Schmidt (Hessen-Cassel), Lucius (Gotha) und v. Eynern gesprochen haben, bemerkte

Abg. Rickert, daß die Stellung des Hauses dem Minister gegenüber bei derartigen Secundärbahnhvorlagen sich mehr und mehr unterscheide.

Von den sehr wichtigen allgemeinen Fragen, die diese Art des Bahnbaues betreffen, sei gar nicht mehr die Rede. In Zukunft wäre der Generaldebatte doch ein anderer Charakter zu wünschen. Der Dank für bestwilligte Linien könnte ja dem Minister in der Commission ausgedrückt werden.

Abg. v. Eynern muß sich eine solche Kritik, zu der Herr Rickert gar nicht befugt sei, entschieden verbitten. Herr Rickert könnte ja auch mit seinen großen politischen Ideen hervortreten, Niemand hindere ihn daran.

Dass Specialwünsche bei der ersten Lesung solcher Vorlagen vorgebracht werden, sei ganz gerechtfertigt. (Bustimme rechts.)

Abg. Rickert bleibt bei seiner Ansicht stehen. Das Herr v. Eynern sei gekroffen fühle, wundere ihn nicht. Aus allen Parteien seien ihm Stimmen dagegen lautend angekommen, daß ein solches Verfahren, wie das Haus beliebe, der constitutionellen Stellung des Parlaments nicht entspreche.

Abg. Graf Limburg-Stirum (conf.) erklärt den gegenwärtigen Zustand daraus, daß die Überzeugung von der Vortrefflichkeit unserer Eisenbahnverwaltung im Parlamente und im Lande jetzt allgemein geworden ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn Herr Rickert von der Stellung des Parlaments spreche, meine er damit seine eigene. Er sei eben sehr ins Hinterstehen gekommen.

Abg. Biesenbach hält es für das heiligste Recht des Volksvertreters, bei solcher Gelegenheit die Wünsche des Landes mit Mannesmuth zu vertreten. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Gerlich ist nicht damit einverstanden, daß es das heiligste Recht des Abgeordneten sei, der Regierung Opposition zu machen. Herr Rickert ärgert sich einfach über die guten Ergebnisse der Eisenbahnverstaatlichung.

Abg. v. Eynern: Herr Rickert hat auch jetzt noch ausgiebig Zeit, hier seine schmalspurigen Ideen vorzutragen. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Es fällt mir nicht ein, daß Vorbringen von Specialwünschen beschämten zu wollen, aber ich bleibe dabei, daß eine wirkliche Generaldebatte garnicht stattgefunden hat.

Abg. Behr: Herr Rickert hat auch gar nichts sachliches vorgebracht. Uebrigens ist es durchaus constitutionell, der Regierung Wünsche vorzutragen.

Abg. Meyer-Breslau: Nach der Geschäftseröffnung hat sich die erste Sitzung auf eine allgemeine Discussion über die Grundfälle des Entwurfs zu beschränken. Vielleicht ändern Sie für die Zukunft die Geschäftseröffnung dahin, daß für solche Fälle eine Dankesagungssitzung anberaumt wird. (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage geht an die Budgetcommission.

Darauf verzagt sich das Haus.

Schluß 3 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Eisenbahnetat.)

Neidttag.

* Berlin, 21. Februar. Der Reichstag setzte heute die Beratung des Post- und Telegraphen-Gesetzes fort, nachdem er debattlos den Ergänzungsetat in zweiter Lesung genehmigt hatte. Die Forderung für das Postgebäude in Insterburg, bei deren Beratung sich am Sonnabend die Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben hatte, wurde heute entgegen dem Antrage der Budgetcommission genehmigt. Im Uebrigen wurden dagegen die Vorschläge der Budgetcommission angenommen. Bei den Einnahmen stellte Staatssekretär v. Stephan an Unregungen aus dem Hause eine Herabsetzung des Botenlohns für die Depeschen in Aussicht und unter gewissen Modalitäten auch die Ermäßigung der Packetbestellgebühr auf dem Lande. Der Etat der Reichsdruckerei wurde debattlos genehmigt. Dagegen gab der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern zu längerer Debatte Veranlassung. Die Schatzkammer von Wedel-Malchow und von Tregen hatten eine Resolution eingebracht, die den Bundesrat ersucht, Erhebungen über die eventuelle Notwendigkeit höherer Zölle für Raps, Dole, Fette u. s. w. anzustellen. In längerer Rede vertheidigte der erste Antragsteller seine Resolution, welche der freisinnige Abgeordnete Barth schon wegen ihrer einzigen bestehenden Fassung entgegentrat. Nur um zu Zollerhöhungen zu kommen, sollte der Bundesrat Erhebungen anstellen, Ermäßigungen also dürfen die Folge nicht sein. Auch der nationalliberale Abgeordnete Woermann sprach gegen den Antrag, indem er naturnah auf das Leinwand Bezug nahm. Eine unerwartete Verfassungsbeteiligung entpann sich am Schlus. Der freisinnige Abgeordnete Brömel wies darauf hin, daß der Bundesrat zu Resolutionen des Hauses, die jahrelang zurückliegen, so über den Identitätsnachweis im Jahre 1885, noch immer keine Stellung genommen habe. Er forderte vom Bundesrat die Rücksicht gegen den Reichstag, feste Stellung zu seinen Resolutionen zu nehmen.

Staatssekretär v. Bötticher erklärte dagegen, daß der Bundesrat zu seinem Verfahren völlig berechtigt sei. Die Geschäftseröffnung des Hauses, auf die sich Brömel und Rickert beriefen, sei für den Bundesrat nicht bindend. Während der Abgeordnete von Bennigsen eine vermittelnde Stellung einnahm, konnten die freisinnigen Abgeordneten in dem Verhalten der Regierungsvertreter nur eine Bestätigung der neutralen Klage des Abg. Bamberger über die Stellung des deutschen Parlaments sehen. Bei dem Titel „Tabaksteuer“ schilderte Abg. von Christen von der Reichspartei die traurige Lage des kleinen Tabakbauern, auf die er die Aufmerksamkeit der Regierungen lenkte. Auch der Abgeordnete Brömel wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, für diesen Zweig des Bauernstandes einzutreten. Mit lauem Ah! begrüßte das Haus, daß im Uebrigen diesmal nicht einen Ton des Beifalls für den Redner hatte, nach langem Warten die erste Erwähnung der Juden, die diesmal den Tabakshandel in Händen halten sollten. Indes war der Präsident heute sehr scharf auf der Wacht. Sofort erklärte er, daß das Haus bei dieser Gelegenheit nicht die Judenfrage berathen wolle, und machte den Redner auf die geschäftserordnungsmäßigen Folgen eines wiederholten Rufen zur Sache aufmerksam. Herr Brömel mußte also seine Kapuzinade für sich behalten. Morgen kommen die bekannten Zusatzanträge Mundt-Rintelen u. s. w. zur zweiten Beratung.

42. Sitzung vom 21. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Bötticher, Bronsart von Schellendorff, von Stephan u. A.

Ohne Debatte erledigt das Haus zunächst den in Folge des neuen Wehrgesetzes erforderlich gewordenen Nachtragsetat für 1888/89 und setzt dann die zweite Beratung des Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung fort.

Bei der Abstimmung über das neue Postgebäude in Insterburg hatte sich am Sonnabend die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt, die heute wiederholte Abstimmung ergab die Annahme der ersten Rate von 100 000 M. für das Insterburger Gebäude.

Die Budgetcommission beantragt, die erste Rate von 76 500 M. für ein neues Postgebäude in Wurzen zu streichen.

Die Abg. Ackermann und von Fischer, sowie Director im Reichs-Postamt, Dr. Fischer, treten für die Bewilligung ein, während Abg.

Schrader den Antrag der Budgetcommission empfiehlt, der auch schließlich angenommen wird.

Die Position wird gestrichen, ebenso die Ausgaben von 102 800 M. für das Postgebäude in Brandenburg an der Havel und 120 000 M. für Erwerbung eines Grundstücks in Spremberg.

Im Uebrigen werden die einmaligen Ausgaben ohne weitere Debatte genehmigt.

Bei dem Capitel „Einnahmen“ fragt.

Abg. Schulz-Lipiz (Sp.), ob nicht der Absender den Botenlohn für Telegramme auf das Land tragen müßte, ebenso wie der Absender eines Telegramms vom Lande dazu verpflichtet sei; ferner ob nicht das Poststellgeld von 30 Pf. für Packete auf das Land zu hoch bemessen sei, zumal infolge der Vermehrung der Postanstalten die Entfernung für die Landbriefträger nicht mehr so große seien. Im Uebrigen müsse er als Landwirt es aussprechen, daß das energische Vorgehen der Reichspostverwaltung wesentlich dazu beigetragen habe, durch Belebung von Handel und Verkehr die Krise, in der sich die Landwirtschaft befindet, zu mildern. Diese Anerkennung sei man aus der Volksvertretung heraus dem Leiter der Postverwaltung folgsam.

Staatssekretär v. Stephan: Es kann der Postverwaltung nur außerst angenehm sein, von so berufener Seite, wie aus der Mitte der Volksvertretung heraus, ihre Bestrebungen anerkannt zu sehen. Im Uebrigen hat sie sich auf diesem Gebiete nur bemüht, ihre Pflicht zu thun. Sie freut sich aber mit Ihnen des Erfolges, der auf dem wirtschaftlichen wie dem allgemeinen culturellen Gebiet durch Vermehrung der Verkehrsanstalten auf dem Lande hervorgerufen ist, eines Erfolges, von dem ich übrigens nicht verschweigen will, daß er auch für die Reichspostkasse ein sehr günstiger gewesen ist. Alle neuen Culturmethoden kosteten die ersten Jahre erhebliche Summen, aber sie bringen sie reichlich wieder ein, und Anstrengungen und Ausgaben auf diesem Gebiet waren wohl noch niemals vergebllich.

Abg. Eynern bleibt bei seiner Ansicht stehen. Das Herr v. Eynern sei gekroffen fühle, wundere ihn nicht. Aus allen Parteien seien ihm Stimmen dagegen eingetroffen, daß ein solches Verfahren der Reichspostkasse nicht möglich sei.

Abg. Rickert bleibt bei seiner Ansicht stehen. Das Herr v. Eynern sei gekroffen fühle, wundere ihn nicht. Aus allen Parteien seien ihm Stimmen dagegen eingetroffen, daß ein solches Verfahren der Reichspostkasse nicht möglich sei.

Abg. Rickert: Es fällt mir nicht ein, daß Vorbringen von Specialwünschen beschämten zu wollen, aber ich bleibe dabei, daß eine wirkliche Generaldebatte garnicht stattgefunden hat.

Abg. Behr: Herr Rickert hat auch gar nichts sachliches vorgebracht. Uebrigens ist es durchaus constitutionell, der Regierung Wünsche vorzutragen.

Abg. Meyer-Breslau: Nach der Geschäftseröffnung hat sich die erste Beratung auf eine allgemeine Discussion über die Grundfälle des Entwurfs zu beschränken. Vielleicht ändern Sie für die Zukunft die Geschäftseröffnung dahin, daß für solche Fälle eine Dankesagungssitzung anberaumt wird. (Stürmische Heiterkeit.)

fläben, Dänemark und Schweden, geht. Ein Theil wird allerdings Ostende verbleiben. Daß die Anschlüsse in Ostende häufig verfauln werden sind, ist auch der Aufmerksamkeit der belgischen Regierung, welche die Verbindung mit sehr großem Interesse leitet, nicht entgangen. Sie hat alle möglichen Anstrengungen gemacht, um den Verkehr zu verbessern. Die Verschöpfung des Anschlusses ist auf die Schwierigkeit des Ostenden Hafens und auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Die belgische Postverwaltung hat neuerdings kostspielige Anstrengungen gemacht, um Schiffe mit verstärkter Fahrgeschwindigkeit, die auch den Unbillen des Wetters und des Seegangs gewachsen sind, einzustellen. Hoffentlich werden sich also die Anschlüsse verbessern. Die Route über Blüffingen war von vornherein mit vorzüglichen Schiffen ausgerüstet. Auch diese Route hat man noch mehr zu verbessern sich bemüht. Aber es waltet dabei wieder die Schwierigkeit ob, daß die Nebel auf der Theorie beim Auslaufen der Schiffe sehr hinderlich sind. Es liegt das nicht an dem guten Willen, nicht an dem Mangel der Mittel, den Nebelständen Abhilfe zu schaffen, sondern vielmehr in der Natur der Dinge, in der vis major, mit der wir hier zu kämpfen haben. Wenn wir erst einmal von der See unabhängig sind, und es gelingt, den Weg durch die Luft zu nehmen (Heiterkeit), dann ist all diese Nebelstände abgeholfen.

Abg. Brömann: Daß die Postbeförderung nicht mehr ausschließlich über Ostende, sondern jetzt auch über Blüffingen geleitet wird, ist eine wesentliche Verbesserung unserer Verbindung mit England. Aber ich möchte fragen, ob es nicht möglich ist, diese Verbindung noch mehr über Dover und Calais zu dirigieren. Das ist der kürzeste Seeweg und deshalb die Post am sichersten. Die Sicherheit, welche die Postverbindung über Blüffingen gegenüber der Verbindung über Ostende bietet, ist immerhin noch nicht ganz genügend. Wir haben trotz dieser Verbesserung in den letzten Monaten sehr erhebliche Verspätungen und Ausfälle der englischen Post gehabt.

Sstaatssekretär v. Stephan: Der Weg über Dover und Calais ist zwar der kürzeste, aber nicht der bequemste. Die Fahrt im Canal ist gegenüber derselben auf offener See recht gefährlich und besonders wegen der großen Menge von Schiffen, die sich zu gewissen Zeiten im Canal sammeln, die Überfahrt mit Verzögerungen und Gefahren verbunden. Sodann würden wir uns von der französischen Verwaltung abhängig machen, in der Benutzung der französischen Bahnen, in Bezug auf die Transitgebühren und den Expeditionsdienst, und wir hätten dann mit zwei Transitländern Frankreich und Belgien zu thun. Es ist schon sehr schwer, alle Factoren, mit denen wir bei dem Transithverkehr zu thun haben, unter einen Hut zu bringen. Frankreich richtet den Verkehr hauptsächlich nach den Bürgen von Paris ein und wird kaum davon abzuweichen geneigt sein. Wenn die niederländische Verwaltung so weit gegangen ist, uns zu gestatten, daß die deutschen ambulanten Postwagen bis Blüffingen gehen und unsere eigenen Beamten die Post dafelbst in Empfang nehmen und während der ganzen Fahrt durch Holland bearbeiten, so möchte ich diesen Vorzug gegenüber den schwankenden Verhältnissen bei der französischen Beförderung nicht aufgeben.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Der Staat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Das Haus wendet sich darauf der Berathung des Etats der Bölle und Verbrauchssteuern zu.

Die Abg. von Wedell-Malchow und von Frege haben hierzu folgende Resolution eingehbracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1) über die Wirksamkeit der nachstehend verzeichneten Zollpositionen eine eingehende Untersuchung nach der Richtung hin einzutragen, ob es nicht geboten erscheine, eine Erhöhung bezüglich Abänderung derselben im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien herbeizuführen, 2) dem Reichstag demnächst über das Ergebnis dieser Untersuchung Mittheilung zu machen.

In den daraus folgenden Nachweisung sind aufgezählt Raps, Rübsaat und andere Delikatessen, Butter, Oele und andere Fette aus den Positionen 9, 25 und 26 des Zolltariffs.

Abg. Brömel: Es muß dankbar anerkannt werden, daß seitens der verbündeten Regierungen einem von dem Hause und der Commission wiederholter geäußerter Wunsch nach der Überprüfung über die Erträge der Bölle nach den Etatsjahren in diesmaligen Etat Rechnung getragen ist, dagegen ist eine Reihe anderer vom Hause wiederholter Beschwerden noch immer von den Regierungen unberücksichtigt geblieben. Sehe ich ab von den Ermittlungen, betr. die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation, so ist uns nichts weiter mitgetheilt worden als die einfache Kanzleinotiz, die Sache sei vom Bundesrat dem Reichskanzler überwiesen worden. Nun erhebe ich nicht entfernt den Anspruch, daß der Mann, welcher die Sorgen des europäischen Friedens auf seinen Schultern hat, nun all sein Sinnen und Denken darauf verwenden soll, dem Petroleumsaft sein Recht zu geben. Über neben dem großen Kanzler haben wir doch noch eine Reihe kleinerer Kanzler. Die Beschlüsse des Hauses sind nun drei Jahre alt und könnten doch endlich ihre sachgemäße Erledigung finden. Der Herr Schatzsekretär sagte mir vor einem Jahre, die Frage sei in der Hauptfache so kompliziert, daß er vor einer schleunigen, überhasteten Erledigung warnen müsse. Ich frage jedes Mitglied dieses Hauses, ob es eine überhastete Entscheidung ist, wenn man den Anspruch erhebt, daß Beschwerden, die vor einem Jahre als berechtigt anerkannt sind, endlich ihre Erledigung finden. Die Resolution, in der das Haus Stellung nahm, betrifft vor Alem eine Vergütung der Steuer auf Zucker und Cacao bei der Ausfuhr und die Frage, welche Erleichterung angeföhrt der beschlossenen Erhöhung der Getreidezölle dem deutschen Getreide-Exporthandel mittels der Transit-Lager zu gemäßigen sei. Daneben hat das Haus, nach sehr eingehender Commissionserathung, am 10. April 1886 einen Gesetzentwurf genehmigt, durch welches den Beschwerden abgeholfen werden soll, welche über die vom Bundesrat gezeugten Bestimmungen, betreffend den Zuschlagszoll auf Petroleumsaft, erhoben worden sind. Auch hierüber ist dem Hause nur eine Kanzleinotiz zugegangen, daß die Erörterungen über die Frage noch nicht abgeschlossen seien. Keine Antwort ist ja auch eine Antwort. Aber die auf diese Weise ertheilte Antwort ist in der unhöflichsten und verlegensten Weise erkeilt. Wendet sich ein Privatmann mit einer Beschwerde an die höchsten Behörden des Reichs, so bekommt er eine Bestätigungsnotiz, daß seine Beschwerde eingegangen sei. Eine solche Bestätigungsnotiz ist auch dem Reichstag seiner Zeit zugegangen, aber jeder Privatmann erhält auf seine sachlich begründete und in geeigneter Form abgefaßte Beschwerde auch einen sachlichen Bescheid. Das ist nicht ein Act des Wohlmeins der Behörden, sondern ihre Pflicht. Dieses Haus scheint von dieser Regel eine Ausnahme machen zu sollen. Was nützen uns alle Anträge und Erneuerungen der Anträge, wenn sie alle schließlich dieselbe Behandlung erfahren. Ich bringe diese Sache deshalb zur Sprache, weil ich darauf aufmerksam machen will, daß die auf Grund eingehender Berathungen gefassten Beschlüsse des Hauses ohne jede sachliche Antwort bleiben.

Director im Reichsschamamt Aschenborn: Der Vorredner hat übersehen, daß wir es in den von ihm erwähnten Fällen nicht mit den Beamten des Reichs zu thun haben, sondern mit dem Bundesrat, der als gleichberechtigter Factor wie der Reichstag zu entscheiden hat, ob und in wie weit er Veranlassung findet, eine Antwort zu geben und sie zu motivieren. Was die von dem Vorredner hervorgehobenen Punkte betrifft, so kann ich ihn über fast alle beruhigen. Es wird eine Antwort ergeben und bezüglich einzelner vermutlich schon in der nächsten Zeit. Das Lob des Vorredners über die Entwicklung der Zollverträge in diesem Act müssen wir ablehnen. Die Übersicht derselben wird hier nicht zum ersten Male geliefert, sondern bereits seit 1884/85 alljährlich. Die Frage einer Vergütung der Steuer auf Zucker und Cacao bei der Ausführung von Continguenz ist deshalb noch nicht geregelt, weil technische und steuertechnische Schwierigkeiten hier zu überwinden sind. Die Arbeiten haben aber nicht im Mindesten geruht. Die Gutachten der Sachverständigen über die Ermittlung eines zweckmäßigen Verfahrens, den Inhalt einer Waare an Zucker und Cacao festzustellen, sind so weit gediehen, daß Vorschläge an den Bundesrat gebracht werden können. Auch bezüglich des Petroleumsaftzolls ist eine Entscheidung des Bundesrates nächstens zu erwarten. Ob dieselbe aber den Wünschen des Herrn Abgeordneten entsprechen wird, muß zur Zeit dahingestellt bleiben. Die Reichspostverwaltung hat sich nicht davon überzeugen können, daß der Beschluß des Bundesrats von 1885 ein unrichtiger war. Die Wirkung des Beschlusses scheint die beabsichtigte zu sein, nämlich ein Schutz des Böttchergewerbes und die Sorge dafür, daß der deutsche Markt von dem amerikanischen Petroleummonopol unabhängig wird.

Abg. v. Wedell-Malchow empfiehlt den von ihm mit dem Abg. von Frege gestellten (sich oben erwähnten — Red.) Antrag. Der Antragsteller führt aus, daß die Vorlage wegen der Erhöhung der Getreidezölle den Zoll auf Raps ebenfalls habe erhöhen wollen, allein man habe den Vorschlag abgelehnt. Der Antrag sei bestimmt, die Frage in Fluss zu erhalten, einmal ob der Zoll auf Raps zu erhöhen sei, dann aber auch ob nicht gewisse bisher zollfrei gebliebene Delikatessen: Leinsaat, Baumwollensamen, Ricinusamen, dem Zolle unterworfen werden müßten. Vielleicht müßten auch die Delikatessen einem Zolle unterworfen werden.

Wamentlich bedenklich seien aber die Verschiedenheiten in der Tarifirung von Ol. So sei z. B. das Baumwollensamen mit 4 Mark, Palm- und Cocosnussöl nur mit 2 Mark Zoll belastet, während sie viel höher belastet werden müßten. Die Einführung von Oleomargarin hat sich in den letzten Jahren so gesteigert, daß wohl eine Zollerhöhung zum Schutz der Naturbutter notwendig erscheint, und zwar bis zur Höhe des Zolles für Butter, denn es läßt sich wohl nicht unterscheiden, ob die eingeführte Waare Oleomargarin oder künstliche Butter ist. Auch die Zollerhöhung für mineralische Schmieröle, die Concurrenten des Kibols, wäre sehr angebracht. An diesen Zöllen haben nicht nur die Landwirthe, sondern auch die Industrien ein Interesse, denn z. B. die Kunstabutterfabrikation kann sich nur freuen, wenn ihr schlechte Materialien vom Halse gehalten werden.

Director im Reichsschamamt Aschenborn glaubt nicht, daß die Einführung künstlicher Butter unter der Bezeichnung Oleomargarin zugemessen habe. Es werde sich bei der gestiegenen Einführung der Position 26f wohl mehr um amerikanisches Schmalz handeln; die Zollämter sind aber auf diese Bedenken aufmerksam gemacht worden.

Abg. Struckmann macht darauf aufmerksam, daß der Beschluß des Reichstages dahin geht, daß der Bundesrat nicht befugt gewesen sei, den Petroleumsaftzoll einzuführen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß ein Schutz für die deutsche Böttcherrei nicht erreicht werde. Denn man habe den Versuch gemacht, Petroleum in Bassinöfen ohne Fässer zu importiren. Redner fragt dann an, welchen Beschluß der Bundesrat gefaßt habe über die Anregung des Reichstages, daß ein Reichstarifamt eingesetzt werden möge, welches bei Zollstreitigkeiten zu entscheiden habe.

Director im Reichsschamamt Aschenborn bemerkt, daß der Bundesrat am 28. November v. J. beschlossen habe, dem Beschluß bezüglich des Reichstarifamtes keine Folge zu geben.

Abg. Barth: Ich habe mit dem Abg. Struckmann dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß durch die Resolution des Abg. von Wedell in weite gewerbliche Kreise auf neue Beumprüfung hingerichtet wird. Mit diesem Vorgehen wird eine ganz neue Art der Behandlung von zollpolitischen Fragen eingeführt. Der Abg. v. Wedell hat sich so gestellt, als ob es sich um einen Antrag auf Änderung des Zolltariffs handele. Tatsächlich sollen aber die verbündeten Regierungen nur ersucht werden, eingehende Untersuchungen über die Wirksamkeit verschiedener Zölle anzustellen. Früher wurden entweder seitens der verbündeten Regierungen oder aus dem Hause Anträge nach irgend einer Richtung gestellt. Das aber den verbündeten Regierungen der Auftrag ertheilt wird, sich zu orientieren, ist neu und verdient besondere Beachtung. Es wäre Aufgabe derer, die die Resolution beantragen, gewesen, zu sagen, nach welcher Richtung die eingehenden Untersuchungen stattfinden sollen, da es ihnen um allgemeines platonisches Nachdenken doch nicht zu thun sein wird. Welcher Hohn wäre die Folge gewesen, wenn einmal von der linken Seite eine derartige Aufforderung an die verbündeten Regierungen gestellt worden wäre! Aber damit nicht genug, hat man in beinahe naiver Weise angebietet, was für ein Ergebnis diese Untersuchungen haben sollen. Sie sollen nämlich darauf gerichtet sein, ob nicht eine Erhöhung, beziehungsweise Abänderung der betreffenden Positionen im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien herbeigeführt werden könnte. Man hätte theoretisch wenigstens die Möglichkeit offen lassen sollen, daß auch eine Ermäßigung für angezeigt erachtet werden könnte. Aber schon vor dem bloßen Gedanken der Möglichkeit einer Ermäßigung schrecken die Antragsteller zurück. Erhöhung bzw. Abänderung heißt es im Antrage. Wenn also überhaupt etwas über die Erhöhung hinaus geschehen soll, so soll es eine Abänderung der Zollpositionen sein, vielleicht etwa in der Romenlatur. Es steht ja z. B. darin „künstliche Butter“ aufgeführt. Das will man vielleicht durch „Margarine“ erheben. Man hat außerdem die Untersuchung nach der Richtung beschränkt, ob nicht eine Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien möglich ist. Daß es sich tatsächlich nur um eine Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft handele, haben wir schon aus dem Munde des Herrn v. Wedell vernommen. Was er über die Industrien ausgeführt hat, schien mir nur einen dekorativen Charakter zu tragen. Daß sie in Wirklichkeit durch die Erhöhung der Zölle geschädigt werden würden, unterliegt keinem Zweifel, denn in den meisten Positionen handelt es sich um das Rohmaterial für die Industrie. Bezeichnender ist, daß man mit keinem Vorwurf der großen breiten Masse der Consumenten gebadet hat, sie sollen zu den neuen Lasten herangezogen werden, zu Gunsten von Producenten arbeiten. Die verbündeten Regierungen würden nach der Resolution gar nicht in die Lage kommen, zu Gunsten der Consumenten sich zu entscheiden. Den Regierungen wird mit der Resolution gefragt: „Wir haben das dunkle Gefühl, daß hier noch etwas erhöht werden kann. Denkt nach! Vielleicht bekommt ihr etwas heraus; unserer Zustimmung seid ihr im Voraus genötigt!“ Diejenigen anderen Parteien, die nicht geneigt sind, ihnen diese Zustimmung zu ertheilen, und die ziemlich Antrag auf Erhöhung nicht zu gestimmt hätten, sollen durch die Resolution captivirt werden. Wenn der Reichstag mit Majorität diese Resolution annimmt, so hat er sich schon einigermaßen engagiert. Kommen die verbündeten Regierungen dann mit einem Antrag auf Erhöhung der betreffenden Zollposition, so können sie sich darauf berufen, daß der Reichstag sie ja dazu aufgefordert habe. Diese Befürchtung des Reichstags wollen wir nicht. Und deswegen fordern wir Sie auf, diese Resolution rundweg abzulehnen.

Abg. v. Huenne: Meine politischen Freunde werden für die Resolution stimmen, weil aus ihrer Mitte bei Berathung des Zolltariffs veranlaßt worden ist, jene Positionen vorläufig außer Acht zu lassen. Wir sind durch gewissermaßen verpflichtet, einem Antrag zuzustimmen, der die zu jener Zeit nicht vorhandene Klärung der Verhältnisse herbeiführen soll. In der Zolltarifnovelle war die Erhöhung der in Rede stehenden Position in Aussicht genommen. Die Rücksicht auf die Entwicklung der Industrie hat uns veranlaßt, sie damals herauszustreichen. Die materielle Stellungnahme behalten wir uns vor, bis wir uns einem Gesetz-Entwurf gegenüber befinden.

Abg. Brömel: Die Anerkennung, die ich für die dem Hause mitgetheilten Daten über die Erträge der Zölle im letzten Etatsjahr ausgeprochen habe, war an die falsche Abreise gerichtet. Die Übersicht ist bereits früher geleistet worden, aber sie blieb ausschließlich in den Akten der Budgetcommission, und es ist jetzt das erste Mal, daß bei dem mündlichen Bericht zugleich ein Abruck der Übersicht dem Hause vorgelegt wird. Ich habe meinen Dank also an die Budgetcommission zu richten. Was die von mir vorgefragte Beschwerde betrifft, so halte ich daran fest, daß Beschlüsse des Reichstages durch eine einfache Kanzleinotiz seitens des Bundesrats nicht für erledigt angesehen werden können. Daß der Bundesrat überhaupt nicht verpflichtet sein soll, auf einen Beschluß des Reichstages eine formelle Auskunft zu geben, höre ich an dieser Stelle zum ersten Male. Ich halte aber daran fest, daß selbst, wenn dieser Standpunkt staatsrechtlich begründet wäre, der Bundesrat in der Übersicht über seine Beschlüsse auf Resolutionen des Reichstages seinerseits eine Erklärung abgeben muß. Lautet die Erklärung dahin, daß die Sache dem Reichskanzler überwiesen sei, so bleibt doch dem Reichstage nichts übrig, als sich nummehr an den Reichskanzler, der der Verfassung nach ohnehin der verantwortlichen Beamte ist, zu wenden. An irgend einer Stelle im Deutschen Reiche muß doch die deutsche Volksvertretung sich halten, wenn sie eine Antwort auf eine Resolution haben will, oder sind die Herren der Amt, daß der deutsche Reichstag nicht das Recht hat, auf einen nach sorgfältiger Erwägung gefaßten Beschluß eine Antwort zu erhalten? Bis die betreffenden Gewerbetreibenden, die sich, sei es durch die Gesetzgebung, sei es durch Maßregeln der Einzelpolitik, befreit fühlen, sich an die Behörden der Einzelpolitik, an den Bundesrat, an den Reichstag wenden, vergehen ohne Jahr. Wenn es dann dahin kommt, daß in einer solchen Frage der Reichstag mit großer Mehrheit einen Beschluß fällt, dann soll es noch ein unberechtigtes Verlangen sein, wenn nach Verlauf von nahezu 3 Jahren endlich eine Antwort erbetet wird! Am 14. Mai 1885 ist der Reichskanzler erachtet worden, die Erhebungen anzustellen, welche Maßregeln angeföhrt der Erhöhung der Getreidezölle notwendig seien, um den Getreide-Export durch eine angemessene Reform der Transit-Lager einigermaßen zu erhalten. Darauf ist nichts weiter erfolgt, als die Mitteilung, daß die Sache vom Bundesrat an den Reichskanzler überwiesen sei. Nun ist nach abermaliger Erhöhung der Getreidezölle die Sache durch einen Initiativ-Antrag aus dem Hause aufgenommen und der Commission überwiesen worden. Dort wird endlich der Verlust gemacht, Einsicht in das Ergebnis der Ermittelungen zu gewinnen, und darauf erfolgte nur die Antwort, daß die anwesenden Vertreter des Bundesrates zu einer materiellen Auskunft nicht ermächtigt sind. Hier im Hause erfolgt gar keine Auskunft. In welcher Lage befindet sich nun dem gegenüber das Haus? Es ist das keine Frage parteipolitischer oder wirtschaftspolitischer Art; es ist eine ernste Frage, die für die Zukunft unserer Reichsinstitutionen von höchster Bedeutung ist. Nach den Erklärungen scheint es für die Volksvertretung unmöglich zu sein, auf eine solche einfache sachlich begründete Frage auch nur eine Antwort zu erhalten.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Bundesrat eine Resolution

des Reichstages dem Reichskanzler überweist, so muß der Reichskanzler nähere Untersuchungen anstellen, von deren Ergebnis das weitere Verfahren abhängig ist. Daß der Bundesrat manchmal nicht derselben Meinung ist, wie der Reichstag, ist doch begreiflich. Aus der Verfassung ist keine Bestimmung anzuftischen, daß der Reichskanzler und der Bundesrat seine Beschlüsse dem Reichstag gegenüber motivieren müßte. Sofern mir der Beweis erbracht wird, daß das bisher beobachtete Verfahren der Verfassung nicht entspricht, werde ich es ändern.

Abg. Wörmann (natlib.) macht darauf aufmerksam, daß in Hamburg Leinöl zur Firnis- und Schmierseifenfabrikation verwendet wird, namentlich auch für Exportwaren. Eine Zollerhöhung würde den Export unmöglich machen. Ebenso steht es mit Palmkern- und Cocosnussöl, welche ebenfalls für Exportwaren verwendet würden. Die Industrien, welche hier in Betracht kommen, würden durch die Zollerhöhungen schwer geschädigt. Der Petroleumzoll hat lediglich dazu gedient, den Petroleumpreis zu erhöhen und die Einnahmen des Reiches zu vermehren. Das ist doch die Absicht nicht gewesen.

Abg. Ritter: Der Abg. Brömel teilte mit, daß die Resolution über Identitätsnachweis am 14. Mai 1885 gefaßt war. Der Bundesrat hat sie am 21. November 1885 dem Reichskanzler überwiesen. Seitdem sind wir vollständig ohne Mitteilungen. Der Abg. Brömel hatte allerdings Grund zur Beschwerde, daß wir über eine Frage, die den Reichskanzler und den Bundesrat betrafen, keinen Bericht gemacht, Petroleum in Bassinöfen ohne Fässer zu importieren. Redner fragt dann an, welchen Beschluß der Bundesrat gefaßt habe über die Anregung des Reichstages, daß ein Reichstarifamt eingesetzt werden möge, welches bei Zollstreitigkeiten zu entscheiden habe.

Abg. Barth: Ich habe mit dem Abg. Struckmann dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß durch die Resolution des Abg. von Wedell in weite gewerbliche Kreise auf neue Beumprüfung hingerichtet wird. Mit diesem Vorgehen wird eine ganz neue Art der Behandlung von zollpolitischen Fragen eingeführt. Der Abg. v. Wedell hat sich so gestellt, als ob es sich um einen Antrag auf Änderung des Zolltariffs handele. Tatsächlich sollen aber die verbündeten Regierungen nur ersucht werden, eingehende Untersuchungen über die Wirksamkeit verschiedener Zölle anzustellen. Früher wurden entweder seitens der verbündeten Regierungen oder aus dem Hause Anträge nach irgend einer Richtung gestellt. Das aber den verbündeten Regierungen der Auftrag ertheilt wird, sich zu orientieren, ist neu und verdient besondere Beachtung. Es wäre Aufgabe derer, die die Resolution beantragen, gewesen, zu sagen, nach welcher Richtung die eingehenden Untersuchungen stattfinden sollen, da es ihnen um allgemeines platonisches Nachdenken doch nicht zu thun sein wird. Welcher Hohn wäre die Folge gewesen, wenn einmal von der linken Seite eine derartige Aufforderung an die verbündeten Regierungen gestellt worden wäre! Aber damit nicht genug, hat man in beinahe naiver Weise angebietet, was für ein Ergebnis diese Untersuchungen haben sollen. Sie sollen nämlich darauf gerichtet sein, ob nicht eine Erhöhung, beziehungsweise Abänderung der betreffenden Positionen im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien herbeigeführt werden könnte. Man hätte theoretisch wenigstens die Möglichkeit offen lassen sollen, daß auch eine Ermäßigung für angezeigt erachtet werden könnte. Aber schon vor dem bloßen Gedanken der Möglichkeit einer Ermäßigung schrecken die Antragsteller zurück. Erhöhung bzw. Abänderung heißt es im Antrage. Wenn also überhaupt etwas über die Erhöhung hinaus geschehen soll, so soll es eine Abänderung der Zollpositionen sein, vielleicht etwa in der Romenlatur. Es steht ja z. B. darin „künstliche Butter“ aufgeführt. Das will man vielleicht durch „Margarine“ erheben. Man hat außerdem die Untersuchung nach der Richtung beschränkt, ob nicht eine Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien möglich ist. Daß es sich tatsächlich nur um eine Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft handele, haben wir schon aus dem Munde des Herrn v. Wedell vernommen. Was er über die Industrien ausgeführt hat, schien mir nur einen dekorativen Charakter zu tragen. Daß sie in Wirklichkeit durch die Erhöhung der Zölle geschädigt werden würden, unterliegt keinem Zweifel, denn in den meisten Positionen handelt es sich um das Rohmaterial für die Industrie. Bezeichnender ist, daß man mit keinem Vorwurf der großen breiten Masse der Consumenten gebadet hat, sie sollen zu den neuen Lasten herangezogen werden, zu Gunsten von Producenten arbeiten. Die verbündeten Regierungen würden nach der Resolution gar nicht in die Lage kommen, zu Gunsten der Consumenten sich zu entscheiden. Den Regierungen wird mit der Resolution gefragt: „Wir haben das dunkle Gefühl, daß hier noch etwas erhöht werden kann. Denkt nach! Vielleicht bekommt ihr etwas heraus; unserer Zustimmung seid ihr im Voraus genötigt!“ Diejenigen anderen Parteien, die nicht geneigt sind, ihnen diese Zustimmung zu ertheilen, und die ziemlich Antrag auf Erhöhung nicht zu gestimmt hätten, sollen durch die Resolution captivirt werden. Wenn der Reichstag mit Majorität diese Resolution annimmt, so hat er sich schon einigermaßen engagiert. Kommen die verbündeten Regierungen dann mit einem Antrag auf Erhöhung der betreffenden Zollposition, so können sie sich darauf berufen, daß der Reichstag sie ja dazu aufgefordert habe. Diese Befürchtung des Reichstags wollen wir nicht. Und deswegen fordern wir Sie auf, diese Resolution rundweg abzulehnen.

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, daß in der Identitätsfrage ein Beschluß des Bundesrats noch nicht erfolgt sei. Die Sache habe ihn, nachdem sie an den Reichskanzler gewiesen, noch nicht wieder beschäftigt. Die Frage des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Bundesrat und Reichstag sollte man nicht auf die Sprize treiben. Ebenso wie manche Anträge des Bundesrats im Reichstag unter den Tisch fallen oder in den Commissione begraben werden, wird auch mancher Beschluß des Reichstages im Bundesrat bei Seite gelegt.

Abg. von Beningen (natlib.) bemerkt, daß die Überweisung eines Reichstagsbeschlusses seitens des Bundesrats

der schlecht verbrachten Nacht vom Sonntag auf Montag hatte der Kronprinz einen verhältnismäßig befriedigenden Tag, von Fieber war keine Spur vorhanden, der Auswurf war geringer geworden, auch der Husten ließ nach. Gegen Abend insbesondere fühlte sich der Kronprinz wohler als während der letzten Tage. Mackenzie sprach sich mir gegenüber soeben günstiger aus. Er hofft heute wieder die Hoffnung, daß der hohe Patient während der nächsten Tage eine Erleichterung fühlen werde. Natürlich wird der Kronprinz auf äußerste geschockt. So kam es, daß der Prinz von Wales, welcher heute hier ankam und sich alsbald in die „Villa Zirio“ begab, den Patienten nicht sprechen durfte.“

* Wien, 21. Februar. Die „Neue Freie Presse“ erhält von einem unserer hervorragendsten Diagnostiker eine Hypothese, wonach die Krankheit des Kronprinzen möglicherweise dadurch entstanden sei, daß gelegentlich eines Diners bei einer Lachsalve in den Kehlkopf des Kronprinzen ein flaches Stückchen eines panirten zarten Gerichtes drang und sich in den Ausbuchtungen des Kehlkopfs verbarg. Die Geschichte der Medicin kennt unzählige Fälle, in denen Fremdkörper der verschiedensten Art in mannsfachen Organen Monate, selbst Jahre lang eingeklebt geblieben sind. Entzündungs- und Verchwüngungsorgane in den Nachbarorganen hervorgerufen haben. Der Diagnostiker beruft sich zur Unterstützung seiner Hypothese auf Virchow's Gutachten, worin angegeben sei, der ausgestoßene Körper habe die größte Neigung mit gewissen Zellen aus der Nahrung, wie sie zuweilen nach dem Verschlucken unvollkommen gesalbter Fleischtheile durch Würge zu Tage gefördert werden.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 21. Februar. Der „Reichsanzeiger“ bringt folgendes Bulletin aus San Remo vom 21. Febr., Vormittags 10½ Uhr. Das Befinden des Kronprinzen war gestern viel besser, sowohl bezüglich des Hustens und des Auswurfs als auch des Appetits. Auch des Nachts waren weniger Hustenanfälle. Der Kronprinz verbrachte in der letzten Woche den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes.

San Remo, 21. Febr. Vormittags. Der Kronprinz hatte eine bessere Nacht, Husten und Auswurf haben wesentlich nachgelassen. Der Kronprinz wurde gestern vielfach am Fenster gesehen.

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 21. Febr. In Bezug auf die Aufhebung des Identitätsnachweises (Antrag Ampach und Genossen) erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“ heute, indem sie den Gang der Verhandlung in der 16-Commission des Reichstags resumiert, Folgendes: Alles in allem scheint es, daß dem Antrag Ampach die Einrede des non liquet noch auf Jahr und Tag wirksam entgegenstehen wird. — In der gestrigen Abendssitzung der Reichstagscommission sprachen sich die Redner meist für die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr aus, namentlich äußerten sich in diesem Sinne die Abgeordneten von Mirbach (cons.), Scipio und Büsing (natlib.), Brömel (freis.) und von Flügge (Reichspartei). Nur von Huene (Centrum) sprach dagegen und führte an, daß bei großem Export das für den Bedarf fehlende durch den Import minderwertiger Waare erzeugt werden würde, eine Behauptung, die von anderer Seite bestritten wurde. Von Huene erklärte schließlich, er glaube, seine politischen Freunde würden sämtlich gegen den Antrag stimmen.

* Wien, 21. Febr. Das Rectorat der Wiener Universität erläßt eine Kundmachung, wonach der akademische Senat beschlossen habe, betreffs der von den hiesigen russischen Studenten anlässlich der jüngsten Universitätsurkunden in Russland abgesandten Sympathiekundgebung für die russische akademische Jugend seine ernste Missbilligung und Verwarnung auszusprechen, da jene Kundgebung eine schwere Verleumdung der Pflichten enthält, die den russischen Studirenden als Gästen der Wiener Universität obliegt.

* Brüssel, 21. Februar. In der Kammer erklärte heute der Minister des Äußern auf eine Anfrage die Gerüchte, wonach Belgien durch Abschließung irgend eines Vertrages seine Neutralität compromittiert habe, als böswillige Erfindungen. Von keiner Seite sei ein solches Ansinnen an Belgien gestellt worden. Die Erklärung des Ministers fand bei allen Parteien lebhafte Zustimmung.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 21. Febr. Der Kaiser empfing heute Vormittags den Polizeipräsidium und Albedyll und nahm Nachmittags den Vortrag des Ministers Puttkamer entgegen. Heute Abend ist bei den Majestäten kleine Theegesellschaft.

Berlin, 21. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt in ihrer Tagesrundschau: Jedenfalls dürfe heute als feststehend gelten, daß die Verhandlungen der Cabinets in Fluss kommen, mithin alle Beschränkungen hinfällig machen, welche aus der seitherigen Unbeweglichkeit der Situation ihren Ursprung ableiteten.

Karlsruhe, 21. Febr. Die Großherzogin reist morgen von Cannes ab und begibt sich nach einem nochmaligen kurzen Aufenthalt in San Remo direct nach Freiburg zu dem erkrankten Prinzen Ludwig. Bei dem Prinzen ist das Fieber unverändert, die endgültige Verdichtung beschränkt sich auf den unteren Lappen des rechten Lungenflügels. Die Verdichtung hat sich seit gestern nicht ausgedehnt und zeigt an einer Stelle Symptome der beginnenden Erschöpfung.

Paris, 21. Febr. Der Ministerrath beschloß, die Reduzierung des vom Minister des Innern verlangten Credits von 1600000 Francs seitens der Kammer nicht zuzulassen.

Bei der heutigen Verhandlung des Processe Wilson constatirte der Staatsanwalt diethaftliche Käuflichkeit Wilsons. Die Handlungswelt erscheine um so unmoralischer, als er Politiker sei und seine verwerfliche Thätigkeit im Elysée betrieben habe.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 21. Febr. **Neueste Handelsnachrichten.** Die ausserordentliche Geldflüssigkeit, welche seit Beginn des Monats ununterbrochen herrscht, dürfte in einem sehr niedrigen Prolongations-Zinsfuss während der bevorstehenden Ultimo-Regulirung zum Ausdruck gelangen. Das Report-Geschäft bewegte sich zwar heute erst in seinen Anfangsstadien, Ultimo-Geld blieb nichtsdestoweniger während der zweiten Börsenhälfte in grossen Beträgen zu 2 pCt. angeboten. — Der Aufsichtsrath der Deutschen Grundcreditbank in Gotha hat Regierungsrath Guttmann (Breslauer Discontobank) und Banquier Oscar Kessner zu Directoren der Bank gewählt. Die Herren werden Anfang April ihre Thätigkeit beginnen. — Die Terrain-Gesellschaft Lichterfelde vertheilt 20 pCt. die Hannoversche Bank 5 pCt. Dividende. — Der Prospect behufs Einführung der Actien der Actien-Gesellschaft Portland-Cementfabrik vorm. A. Giesel in Oppeln wird Anfang nächster Woche von den Herren Georg Fromberg & Co. dem Börsen-Commissariat der Fondsbörse zur Genehmigung eingereicht werden. Die Actien werden gleichzeitig durch den Schlesischen Bankverein an der Breslauer Börse in den Verkehr gebracht werden. — An der hiesigen Börse sind Gerüchte verbreitet, wonach die industriellen Vermögensobjekte des erkrankten Friedrich Grillo in eine Actiengesellschaft umgewandelt werden sollen. Es wurde hiermit die relativ feste Haltung der Anteile der Disconto-Gesellschaft erklärt, welche bekanntlich zu dem Fall Grillo in näheren Beziehungen steht.

Hamburg, 21. Febr., 8 Uhr Abends. Die Kaffee-Terminalbörse war heute sehr flau, die Course stark rückwärtig auf mattes Ausland und starke Executionen für auswärtige Firmen, namentlich Leopold Seegers in Antwerpen und Petersen und Compagnie in Kopenhagen.

Berlin, 21. Februar. Fondsborse. Trotz der bernigenden Nachrichten aus San Remo, die heute eintrafen, verkehrte die Börse in schwacher Tendenz und in grossen Geschäftsurlust. Den Hauptgrund dafür boten der Rückgang der Russischen Werthe, namentlich der Russischen Noten, die unter starken Verkäufen zu leiden hatten. Dann kamen ungünstige politische Meldungen aus Wien, die verstimmend wirkten. Creditact. schlossen 1/4, Disco.-Comm 1/4, Berl. Handelsges. 1/8 schwächer; dagegen deutsche Bank 3/8 besser, deutsche Fonds waren abgeschwächt. Von ausl. Werthen notirten russ. u. Ungarn 1/4, Ital. 1/8 niedriger. Russ. Noten (zu 170 1/2) verloren 1. Am Bahnenmarkt war das Geschäft sehr still, nur Ostpreussen und Marienburg fest, die anderen deutschen und österreich. Bahnen schwächer, ebenso Warschau-Wiener. Von Montanwerthen büssen Laurahütte zu 89 3/4 1/2, Dortmunder Union 3/4, Boch. Gussstahl 7/8 ein. Am Cassarmarkt verloren Redenhardt 1.50, Oberschles. Bedarf 0.70, Tarnowitz St.-Pr. 1.50 pCt. Von Industrie-Papieren lagen schwächer: Bresl. Oelfabrik 0.50, Görlitzer Eisenb.-Bedarf 0.55, Görlitzer Maschinen 4, Conv. 1.30, Oppeln Cement 0.60, Breslauer Pferdebahn 0.50, Schering 6.50, Schl. Leinen 0.40 pCt.; dagegen waren Gruson 0.50 besser.

Berlin, 21. Febr. Produktionsbörse. Die Haltung war heute recht matt. — Weizen loco behauptet, Termine 1/8 Mark niedriger. April-Mai 162 1/4—62, Mai-Juni 165 1/4—64 1/2, Juni-Juli 167 1/4—67. — Roggen loco wenig verändert, Termine 1 Mark niedriger. April-Mai 120—19, Mai-Juni 122—21 1/4, Juni-Juli 124 1/4—23 1/4. — Hafer loco behauptet, Termine 1/2 M. billiger. April-Mai 113 3/4—12 1/2, Mai-Juni 116 1/4—16, Juni-Juli 118 1/4—18 M. — Roggenmehl und Mais matt. — Kartoffelfabrikfest. — Rüböl bei unveränderten Preisen wenig belebt.

— Petroleum ohne Umsatz. — Spiritus schwankte heute ziemlich bedeutend, aber schließlich standen die Preise nicht viel anders als gestern am Schlusse. Der Geschäftsumfang gestaltete sich ziemlich lebhaft. Locoware notirte in allen Gattungen niedriger als gestern. Versteuerter Spiritus loco ohne Fass 97.3 M. bez., per April-Mai 98.1 bis 98.3—98.2 M. bez., per Mai-Juni 98.7—98.5—98.8—98.7 M. bez. Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 47.9 M. bez., per April-Mai 49.2—49—49.4 M. bez., per Mai-Juni 49.8—49.6—50.1—50 M. bez., per Juni-Juli 50.6—51.1—51 M. bez., per Juli-August 51.4—51.8 bis 51.9, Mark bez., per August-September 52.1—52.6—52.4 Mark bez. Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 29.2 M. bez., per April-Mai 31.1—30.9—31.3—31.1 M. bez., per Mai-Juni 31.7—31.4 bis 31.9—31.8 Mark bez., per Juni-Juli 32.5—32.3—32.5 Mark bez., per Juli-August 33.1—33.3 Mark bez., per August-September 33.6—33.4 bis 33.8 M. bez.

Hamburg, 21. Februar, 11 Uhr. (Anfangsbericht.) Kaffee. Good average Santos per März 61, per Mai 60 1/2, per December 55 1/2. — Schwach.

Hamburg, 21. Februar, 3 Uhr 30 Min. (Schlussbericht.) Kaffee. Good average Santos per März 58, per Mai 58 1/2, per September 54 1/2, per December 53 1/4. Flau.

Havre, 21. Februar, 10 Uhr 30 Min. (Telegr. von Peimann, Ziegler und Co.) Kaffee good average Santos per Februar 73.00, per Mai 73.00, per August 70.50, per December 67.50.

Magdeburger und Londoner Zuckerbörse II ausgeblieben.

Paris, 21. Febr. Zuckerbörse. Rohzucker 88° ruhig, loco 36.50, weisser Zucker matt, per Februar 40.00, per März 40.25, per März-Juni 40.60, per Mai-August 41.10.

London, 21. Februar. Zuckerbörse. 96 proc. Javazucker 15 1/4, ruhig. Rüben-Rohzucker 14 1/2, ruhig. Centrifugal Cuba —.

Glasgow, 21. Februar. Rohelson. 20. Febr. 21. Febr. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. | 39 Sh. 2 1/2 P. | 39 Sh. 2 1/2 P.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 21. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Geschäftlos. Eisenbahn-Stamm-Actionen. Cours vom 20. 21.

Cours vom 20. 21. Preuss. Pr.-Anl. deß 148 70 148 70 Mainz-Ludwigshaf. 103 20 103 21 Pr. 3 1/2 % St.-Schlesdsh 100 40 100 40 Galiz. Carl-Ludw.-B. 77 70 77 70 Preuss. 40% cons. Anl. 107 — 106 90 Gotthardt-Bahn ... 116 30 116 10 Prss. 3 1/2 % cons. Anl. 101 60 101 50 Warschau-Wien ... 132 — 131 10 Schls. 3 1/2 % Pfdrb.L.A. 99 70 99 70 Lübeck-Büchen ... 161 20 161 21 Schles. Rentenbriefe 104 30 104 30 Mittelmeerbahn ... 117 40 116 90 Posener Pfandbriefe 102 80 102 80 do. do. 3 1/2 % 99 50 99 50 Eisenbahn-Stamm-Prioritäten. Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Breslau-Warschau. 53 — 52 80 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Ostpreuss. Südbahn. 108 70 108 70 Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 Disc.-Command. ult. 191 50 191 30 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Industrie-Gesellschaften. Bresl. Bierbr. Wiesner 43 — 43 — do. Eisenb.Wagen. 104 50 104 60 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 do. Wechslerbank. 75 — 74 50 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — do. Wechslerbank. 97 — — do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Deutsche Bank ... 164 — 163 70 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Oest. Credit-Anstalt 139 — 138 90 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Schles. Bankverein. 108 90 108 80 do. do. 4 1/2 % 1879 — — 104 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 31 1/2 % Lit.E. 100 — 100 — Bresl. Discontobank. 90 20 90 10 Eisenbahn-Prioritä

Als Gradmesser der Cultur ist bisher von vielen Seiten der Verbrauch an Seife betrachtet worden und diejenigen Nation galt als die uncultivirteste, welche man für die ungewaschenste hielt. Das hat gewiss seine Richtigkeit, aber die fortschreitende Entwicklung auf allen Gebieten des Wissens hat uns doch auch noch andere Gradmesser der Cultur an die Hand gegeben. Vielleicht den bedeutsamsten culturellen Fortschritt hat die Wissenschaft der Hygiene und im weiteren Sinne die Medicin überhaupt gemacht, und heute zeigt sich die Cultur eines Volkes gerade in den Mitteln, mit welchen es die verschiedenen Krankheiten bekämpfen kann. Gegen einige der schlimmsten derselben, gegen die mannigfachen Arten von Verdauungsstörungen, haben sich die Apotheker Rich. Brandt'schen Schweizerpillen (in den Apotheken zu Schachtel M. 1 erhältlich) als das wirksamste Mittel erwiesen. Man achtet auf den Namenszug Rich. Brandt's im weissen Kreuz der Etiquette.

[1033]

Letzter Tag Sonntag, den 26. Letzter Tag der Makart-Ausstellung und anderer erster Werke Gemälde - Ausstellung Lichtenberg, Museum.

[2518]

Statt besonderer Meldung! Die Verlobung ihrer einzigen Tochter Linka mit Hrn. Max Müller aus Berlin beeindruckt sich ergebenst anzugeben [1036]

J. Müller und Frau Emma, geb. Wartenberger. Breslau, im Februar 1888.

Linka Müller, Max Müller, Breslau. Verlobte. Berlin.

Die Geburt eines Knaben beobachten sich hierdurch statt jeder weiteren Meldung ergebenst anzugeben [1045]

Dr. med. Glogowski, Arzt und kgl. Kreiswundarzt,

nebst Frau Rosa, geb. Adam.

Kempen i. P., den 20. Februar 1888.

Gestern, Sonntag, früh um 6 $\frac{1}{4}$ Uhr starb hier selbst im 53. Lebensjahr nach kurzem Krankenlager der Kaufmann

Herr Robert Krause.

Derselbe war seit 15 Jahren Mitglied und seit 2 Jahren zugleich stellvertretender Vorsitzender der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung, welche durch sein Dahinscheiden einen herben, schwer zu ersetzen Verlust erleidet.

Ausgestattet mit reichen Geistesgaben, beseelt von warmem Interesse für die städtischen Angelegenheiten, gewandt in Rede und Schrift, geschäftserfahren in seltem Grade, nahm er sowohl in der Stadtverordneten-Versammlung selbst, als in den zahlreichen Deputationen und Commissionen, zu deren Mitglieder er im Laufe der Jahre gewählt worden war, eine hervorragende Stelle ein.

Er erfreute sich in allen Kreisen der Bürgerschaft eines hohen Ansehens und genoss das allgemeine Vertrauen.

Sein ehrenhafter Charakter, der Eifer und die Geschäftskenniss, mit welcher er sich allen ihm übertragenen städtischen Ehrenämtern widmete, seine persönliche Liebenswürdigkeit, verbunden mit grosser Anspruchslosigkeit, sichern ihm sowohl bei den städtischen Behörden, als in der gesammten Bürgerschaft ein dauerndes, dankbares Andenken.

Oppeln, den 20. Februar 1888.

[1046]

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Trentin.

S. Friedlaender.

Heut Nacht 12 $\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft, nach kurzen schweren Leiden, unsere gute, innig geliebte Mutter, Schwester und Tante,

Franz Julie Lazarus,
geb. Lazarus.

Dies zeigen tiefbetrübt, statt jeder besonderen Meldung, mit der Bitte um stilles Beileid an [2522]

Die lieftauernden Hinterbliebenen.

Glogau, den 21. Februar 1888.
Beerdigung: Donnerstag, den 23. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr.

Heute Vormittag verschied plötzlich am Herzschlag mein innig geliebter Mann, der Rechtsanwalt

Caesar Schatz,

im Alter von 30 Jahren.

[2504]

Beuthen OS., den 20. Februar 1888.

Margaretha Schatz,
geb. Rothmann.

Beerdrigung: Donnerstag, den 23. Februar, Nachmittags 4 Uhr, in Tarnowitz.

Statt besonderer Meldung. Heute früh entriss uns der Tod unsern guten, einzigen Sohn, den

[3802]

Kgl. Rechtsanwalt

Caesar Schatz,

zu Beuthen OS. in dem blühenden Alter von 30 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Apotheker Jezolkowski, Frau und Familie.

Tarnowitz, 20. Februar 1888.

Am 18. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem Krankenlager

Frau Henriette Sussmann,

geb. Brück.

Dieselbe war Mitbegründerin und langjährige Vorsteherin unseres Vereins und hat demselben stets ihre volle Theilnahme durch Rath und That zugewendet. Ihr Andenken, das wir in Ehren halten werden, sei gesegnet.

[1048]

Leobschütz, den 20. Februar 1888.

Der Vorstand und die Repräsentantinnen des jüd. Frauen-Unterstützungs-Vereins.

Die General-Versammlung des II. Local-Verbandes des Vereins gegen Verarmung und Bettelreihe findet Donnerstag, den 23. Februar 1888, Abends 8 Uhr, im Dominicaner, pt. links, statt. Die geehrten Mitglieder werden hiermit ergebenst eingeladen. Gäste sind willkommen.

Diakonus Jacob,
z. B. Vorsteher.

[2501]

Verband Deutscher Gasthofsgeschäften (Sitz Dresden) [1731]

fordert alle Berufsgenossen zum Beitritt auf. Bietet Freizügigkeit nach allen Ländern, Rechtschutz, Unterstützung in Not und Krankheitsfällen, Sterberechte, Stellenvermittlung etc. — Bedingung der Aufnahme zweijährige Lehrzeit. — Anmeldungen bei den Geschäftsstellen Dresden: Kasernenstr. 19, oder Breslau, Ohlauerstr. 81, I. Prospekte kostenfrei.

Vorzügliches Staubthee, Pfd. 2 M. Umbach & Kahl, Taschenstr. 21.

Für Taube. Eine Person, welche durch ein einfaches Mittel von 23-jähriger Taubheit und Ohrengeräuschen geheilt wurde, ist bereit, eine Beschreibung desselben in deutscher Sprache jedem gratis zu übersenden. Adr.: Institut f. Taube, 15 Camden pk. rd. London N.W.

Herren L. H. Pietsch & Co. in Breslau. Ihren Malz-Extract Schutzmarke „Hust-Nicht“ habe ich speciell nach seiner Zusammensetzung und Wirkungsart geprüft und empfehle selbigen sowohl gegen katarhalische Affectionen der Atemorgane als auch gegen chronisch entzündliche Zustände der Lungen und des Kehlkopfes, gegen anhaltenden quälen Hustenreiz und beginnende Tuberkulose. Dr. med. Michaelis, prakt. Arzt. Zu haben in den meisten Apotheken.

[2487]

Ichthyol-Seife, (siehe „Sammel“ Nr. 151 Seite 7) ein wirksames und sicheres Mittel gegen rheumatische und gichtische Leiden, sowie gegen eine Reihe von Hautkrankheiten, als Flecken, Juckblättern, Hautjucken, Bläschenausschläge, Furunkel, Miteier, Frostbeulen, Hautparaffine, Insektentische, gerissene Hände, Geschwüröde, Burgundernasen etc., eicht zu haben bei Franz Kuhn, Nürnberg. In Breslau nur bei E. Gross, Neumarkt 42. [0223]

Am 20. d. Mts., Abends 8 Uhr, verschied plötzlich am Herzschlag unser innig geliebter Gatte, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann und Fabrikbesitzer

Robert Scheurich, im noch nicht vollendeten 39. Lebensjahr.

Um stille Theilnahme bitten [1052]

Die lieftauernden Hinterbliebenen.

Waldenburg, Namslau, Schweidnitz, Hoenigern, Manschütz.

Beerdigung: Donnerstag, den 23. d. Mts., Nachm. 3 Uhr.

Stadt-Theater.

Mittwoch. Abend. Vorletzte Gastspiel des Herrn Heinrich Bötel.

„Martha, oder: Der Markt zu Richmond.“ Oper in vier Abtheilungen von F. von Flotow. (Lyriker: Herr Heinrich Bötel.) Nachm. Erwägige Preise. „Wilhelm Tell.“ Schauspiel in 5 Aufzügen von Schiller.

Donnerstag. Gastspiel des Herrn Felir Schweighofer: „Während der Börse.“ Schwank in 1 Act von E. Mautner. (Waltung: Herr Schweighofer.)

„Wiener Geurebilder.“ Soloflöte von C. Costa. (Carl Stüber: Herr Schweighofer.) — „Eine Vereinschwester.“ Schwank mit Gesang in 1 Act von A. Langer. (Sänger: Mr. Schweighofer.)

Lobe-Theater. [3307]

Mittwoch. Zum 3. Male:

„Haben.“

Thalia-Theater.

Mittwoch. Gastspiel des Herrn Felir Schweighofer. Nur einmalige Aufführung: „Unser Doctor.“

Bolststück mit Gesang in 3 Acten von L. Treptow und L. Herrmann. (Lebrecht: Mr. Schweighofer.)

Helm-Theater. [3307]

Mittwoch. Ein Böhm in Amerika.

Wonne mit Gesang in 6 Bildern. Donnerstag. Benehmen für Hrn. Berger. Die schönen Weiber v. Georgien.

Ausschank von vorzügl. Helm-Brän.

Historische Section.

Donnerstag, den 23. Februar, Abends 7 Uhr:

Herr Director Professor Dr. Reimann: Mittheilungen aus dem ungedruckten politischen Testamente Friedrichs des Grossen vom Jahre 1768.

[2510]

Section für Staats- und Rechtswissenschaft.

Donnerstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr:

Herr Commerzien-Rath Leopold Schöller: Die Wasserstrassen und Staatsbahnen Preussens, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung des Inlandverkehrs.

[2509]

Zeltgarten.

Auftritten von Brothers Renard,

großartige, musikalische, exzentrische Clowns, des einheimischen Mr. Bare und des Clowns Mr. Artell in ihren staunenerregenden Redproduktionen, Mr. Grossi, Sängerin, Gebr. Meinholt, Gesangshumoristen, Eugen Fredy, Komiker, Faul. Elisa Weyer, Sängerin, Mr. Neiss, Stuhlequilibrist, und sensationelle gymnastische Lustproduktionen, ausgeführt von [2506]

Troupe Hegelmann

(5 Herren, 1 Dame).

Aufgang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Entrée 60 Pf.

Bresl. Handlungsdienner-Institut.

Nr. 8.

Donnerstag, d. 23. Febr. 1888,

Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Debatten-Abend.

Tages-Ordnung: 1) Mittheilungen.

2) Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Samuelsohn

über „die Bedeutung des Juris-

thums im Recht.“ 3) Fragefragen.

(Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben zu dieser Versammlung Zutritt.)

Emil Driesen,

[1780] pract. Zahn-Arzt,

Teichstrasse 7, 1. Etage.

Sprechst.: Vorm. 9-12 Uhr,

Nachm. 2-5 Uhr.

Für Unbemittelte unentgeltlich.

Wanckel'sche höhere Knabenschule,

Ring 30 (altes Rathaus).

Anmeldungen für Ostern täglich von 12-1 Uhr.

[0222]

O. Schäfer.

Une fam. dist. parl. le franc, et l'angl.

cherche des pensionnaires. Off. sous

N. N. 20 Exped. Bresl. Ztg. [3310]

Ein Ganzen beträgt jetzt der Fonds

31555 M.

Allen Geborn herzlichen Dank.

Breslau, den 18. Februar 1888.

Treblin, Dr. theol. Propst.

Geschäfts-Verlegung.

Vom 23. d. Mts. ab befindet sich mein
Comptoir u. Detailgeschäft
nur Albrechtsstraße Nr. 56,
im Hause Herrn Theodor Molinari's Erben.

Gustav Einler,
Cigarren-Fabrik. [2485]

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau erschien soeben
und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen: [2149]

Lehrbuch der Geschichte für die oberen Klassen höherer Lehranstalten

Dr. Hermann Jaenick.

Oberlehrer am Gymnasium zu Liegnitz.
Erster Teil (Pensum der Unter- und Oberschule):

Das Altertum.

Mit einer Geschichtstabelle.
Gr. 8. Gehörte M. 2,60; in dauerhaften Leinwandband
gebunden M. 3,00.

Auf Wunsch stelle ich Unterrichtsanstalten, bei denen dieses neue
Lehrbuch der Geschichte zur Einführung gebracht werden soll, eine
angemessene Zahl von Freieremplaren für arme Schüler zur Verfügung.

Unter dem Protectorate S. K. H. des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern.
Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung

für das Deutsche Reich

In München 1888.

Alle jene Herren Fabrikanten, welche bis zur Stunde das Ausstellung-Programm noch nicht direct zugesandt erhalten, machen wir
hiemit darauf aufmerksam, dass es sich um die Ausstellung von
kleinen Motoren bis zu ca. 3 Pferdekräften handelt und dass blos solche
Arbeitsmaschinen und Werkzeuge ins Auge gefasst sind, welche für
den Handwerksbetrieb hervorragend verwendbar sind.

Bureau: München, Pfisterstrasse 1/.
Anmeldefrist: 1. März. Ablieferungsfrist: 1. Juli. Dauer: 1. August
bis 15. October. [888]

Breslau.

Helmbräu.
27. Nicolaistr. 27.

Die Wasser-Dampf-Bettfederreinigungs-Anstalt
befindet sich immer noch nur Neue Weltgasse 38 und ist
besonders auf die Hausnummer zu achten. Betten werden tägl. nach ärztlicher
Vorschrift gereinigt. Auf Verlangen werden dieselben geholt u. abgetragen.

Bismarck's Worte
am 6. Februar 1888
vollständige Reichstagssitzung v.
6. Februar 1888, circa 48 Seiten,
hochelegant gebunden, Deckelgoldprägung, 1 Exemplar gegen Ein-
sendung von 70 Pf. franco. [2324]
Wiederverkäufer höchst Rabatt.
Colporteurs
Hugo Wiese, Dresden, Kaulbachstr. 33.

Alabaster-Basen u. Figuren werden
jauber gereinigt u. repariert, alte
Figuren werden wachdicht gemacht u.
auch in Terracotta imitiert. C. Matzke,
Christophoriplatz 6, Figuren-Geschäft.

Wegen Umbau des Hauses
Ausverkauf
von Seidenbahn und
Weißwaren.
J. Schäffer,
Schweden-Str. 1. [2435]

1 Pianino,
neu, saftig, schwarz, billig zu ver-
kaufen. Garantie 5 Jahr.
Cohn, Kupferhochmiedestr. 17. [3322]

Natur-
Weine
von
Oswald Nier
Hauptgeschäft [No. 108]
BERLIN
* unggypste *
Central-Geschäft Breslau
79. Ohlauerstrasse 79.

Chemisch untersuchte garantirt reine gesunde französische
Trauben-Wein,
flaschenreif, absolute Rechttheit,
garantiert, 1881er Weißwein à 70,
1878er Weißwein à 85, 1884er
ital. kräftigen Rotwein à 95
Pf. per Lit., in Fässchen von 35
Liter an, per Nachnahme. Probe-
flaschen stehen berechnet gern zu
Diensten. [2021]

Pension
finden j. Mädchen bei gewissenhafter
körperl. u. geistl. Pflege u. mäss. Be-
ding. (geprüfte Lehrerin im Hause),
Dorothea Loewy,
Feldstrasse 14a. I. [3308]

Monogrammstücke w. praktisch
zu erlernen gesucht. Gesl. Off. unter
C. S. 18 i. d. Exp. d. Bresl. Ztg. erb.

Heirath.
Jünger Kaufmann, Israel, 29 Jahr,
aus achtbarer Familie, angenehme Er-
scheinung, wünscht sich in kürzerer Zeit
zu verheirathen. Damen im Alter
von 20–24 Jahren mit einem Ver-
mögen, deren Verhältnisse den obigen
entsprechen, werden gebeten, öfferten
vertrauensvoll mögl. mit Photogr.
unter G. 15 an die Exped. d. Bresl.
Zeitung einzutenden. [3294]

Anonym unberücksichtigt.

Trauben-Wein,
flaschenreif, absolute Rechttheit,
garantiert, 1881er Weißwein à 70,
1878er Weißwein à 85, 1884er
ital. kräftigen Rotwein à 95
Pf. per Lit., in Fässchen von 35
Liter an, per Nachnahme. Probe-
flaschen stehen berechnet gern zu
Diensten. [2021]

Zierer's



ist das weitaus billigste und artikulierlichste große Konversations-Lexikon.
und bietet trotzdem noch 12 Sprachlexika nach Prof. Bolesch & Schuster's
System gratis. 250 Illustrationen à 35 Pf. oder komplet rund nur 80 Mark.
Seine Mitarbeiter, glänzende Ausstattung! Karton, Leseband, Verlag v. S.
Sennenh in Stuttgart. Preise v. 10 bis 120 Pf. v. direkt vom Verlag.

Große Kaiserliche Säulen

(große Auswahl schöner Modelle), Wandrahmen, Träger, sowie alle
Eisenhölzer für Bauconstructionen liefern wir prompt und zu civilen Preisen.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere starke

hydraulische Presse

zum Ab- und Aufpressen von Rädern und zur Druckprobe von guß-
eisernen Säulen. [0102]

Stanislaus Lentner & Co., Breslau,
Eisengießerei, Maschinenbauanstalt u. Dampfkesselfabrik.

Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft
vorm. L. Schwartzkopff, BERLIN,
chausseestrasse 17/18.

Gasmotoren,
einfache Construction, ge-
ringen Gasverbrauch, in
grosser Kraftleistung, in
jedem Raum aufstellbar

Patent-Vacuum-Eis- und
Kühlmaschinen
in allen Größen für Dampf-
betrieb, bis zu 300 Ctr. Eis
pro Tag; ferner Vacuum-Eismaschinen für Hand-
betrieb, Kühlanlagen für Chocolade-Fabriken.

Dampfkessel mit rauchfreier Verbrennung. **Dampfmaschinen**
aller Art in vollendet Ausführung; insbesondere für elektrische
Lichtanlagen. [0204]

Langsam laufende Dynamos, direct gekuppelt
mit Dampfmaschinen.
Complete elektrische Lichtinstallationen.

Für Kräne, Wöhnerinnen u. Hebeammen.

Meine in Dampf vulcanisierte und entzweifelten, wasserdichten
Bettunterlagestoffe nur allein echt bei

Ferdinand Ziegler, Breslau,
Gummivaarenfabrik. [2515]

Concoursverfahren.

Empfang sehr schönen und absolut unvermischten

Echten Berger Leberthran! ärztlich empfohlen.

E. Stoermer's Nachf. F. Hoffschmidt, Ohlauerstrasse 24/25.

Die Bziehung der in diesem Jahre zur Amortisation auszulösenden
Prioritäts-Obligationen der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn vom Jahre
1877 wird am 10. März d. J., Vormittags von 9 Uhr ab in
unserem Verwaltungsgebäude — Claassenstrasse 12 — stattfinden.

Den Inhabern von vorgedachten Wertpapieren ist der Zutritt zur
Auslösung gestattet. [1031]

Breslau, den 17. Februar 1888.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Aus der Oberstleutnant von Liebermann'schen Familienstiftungs-
masse wird beabsichtigt, Anfang April e. 30 000 und Anfang Juli e.
15 000 Mark zu landüblichem Binsfuß gegen Verpfändung ländlicher
Grundstücke innerhalb der ersten 1/2, städtischer Grundstücke innerhalb
der ersten Hälfte des nach § 29 der Vermögensordnung nachzuweisenden
Werthes auszuleihen. Hierauf reflectirende Grundbesitzer wollen Anträge
unter Beifügung beglaubigter Abschrift des Grundbuchblatts, der Auszüge
aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerovalle, sowie der
gerichtlichen Taxe des Grundstückes resp. der Taxe einer öffentlichen Feuer-
versicherungssocietät mir, dem Curator, oder dem hiesigen Königlichen Ober-
landesgericht einreichen.

Breslau, den 21. Februar 1888.

Eberhard, Geheimer Justizrat.

Am

9. März d. J.

Vormittags 9 Uhr,

kommt bei dem Königlichen Amts-Gericht in Priebus
Ober-Lausitz das in

Klein-Priebus

an der Neisse gelegen

Wassermühlen-Grundstück

zum Verkauf.

Die Mühle hat 200 Pferde-Stunden stets anhaltende
Wasser Kraft mit Turbinenbetrieb, enthält 3 Walzen-
stühle, 6 französische Mahlgänge, Reinigungs- und
Sichtmaschinen. Der Getreidebedarf wird größtentheils
von den umliegenden Dominien geliefert.

Dazu gehören: eine Schneidemühle mit 2 Gattern
und 2 Kreissägen, eine Kartoffelstärke-Fabrik und circa
107 Hektar Acker, Wiesen und Forst.

Die Gebäude sind sämtlich massiv und incl. des
Mühlenwerks im besten Bauzustande.

In Achtung der in unmittelbarer Nähe befindlichen
großen Forsten, sowie des in sicherer Ansicht
stehenden Waldiges Bahnhofes ist das Etablissement
speziell für die Holz-Industrie und hinsichtlich der
lange noch nicht ausgemützen Wasser Kraft eventuell auch
noch für andere industrielle Anlagen sehr wertvoll.

Weitere Auskunft ertheilt Rechtsanwalt Lukas
in Muskau Ober-Lausitz. [2349]

WARNING!

S. ROEDER'S
BREMER BÖRSENFEDER

Anerkannt beste Bureau- und Comptoir-Feder.

Schutzmarke
 Da bereits vielfache Nachahmungen dieser allgemein
beliebten Feder in geringerer Qualität in den Handel
gebracht worden sind, so bitte ich die geehrten Con-
sumenten darauf zu achten, dass jede einzelne Stahl-
feder mit meinem vollständigen Namen und die
Schachteln außerdem mit nebenstehender Schutzmarke
versehen sind; nur diese Merkmale bieten für die
bisherige Qualität Garantie. [0206]

Gestellt dargestellt Zu beziehen durch alle Schreibwaren-Händlungen
des In- und Auslandes.

Berlin 50. S. Roeder, Königl. Hoflieferant.

I WAN.

Export nach allen Ländern.

Feinster russischer Tafelbitter

von J. Russak, Kosten-Posen.

Prämiert auf der Weltausstellung zu Liverpool 1886 und auf der Welt-
ausstellung zu Adelaide 1887 mit der höchsten Auszeichnung:
„Chrendiplom erste Klasse mit der Medaille“;
ist in den meisten Delicatessen-Handlungen, Conditoreien und Restaurants
zu haben. Für Offizier-Cafinos Vorzugsspreise. [2353]

Vor nassen Füßen schützt allein die
echt schwed. Jagdschwefelschmierung m. Guttapercha, à 25, 50 u. 75 Pf. von
E. Stoermer's Nachf., F. Hoffschmidt, Ohlauerstr. 24/25.

Petrol-, Del- und Melasse-Barrels
kauft regelmäig [3315] E. Fröhlich, Klosterstrasse 16a.

Bekanntmachung.

Der auf den 25. Februar 1888
anberaumte Termin zur Zwangsver-
steigerung des Grundstückes Nr. 100
Vorstadt Potschau ist aufgehoben.
Potschau, den 18. Februar 1888.
Königliches Amts-Gericht.

Concursverfahren.
In dem Concursverfahren über
das Vermögen des Kaufmanns

Berthold Schall
zu Beuthen O.S. ist zur Prüfung
der nachträglich angemeldeten Forde-
rungen Termin auf den 25. Februar 1888,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte
im Herrmann'schen Hause auf der
Gerichtsstraße hier selbst, Zimmer Nr. 3,
anberaumt. [2503]

Beuthen O.S., den 20. Febr. 1888.
Behrens,
als Gerichtsschreiber
des Königlichen Amts-Gerichts.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister sind heute
folgende Eintragungen erfolgt:

1) bei der unter Nr. 88 des Firmen-
registers eingetragenen Firma

G. Bohn
zu Schweidnitz, [2498]
Colonne 6, Bemerkungen:

Die Firma ist erloschen.

2) unter neuer Nummer 645 des
Firmenregisters die Firma

G. Bohn
mit dem Sitz in Schweidnitz und
derser Inhaber der Wagenbauer
Gotthold Bohn zu Schweidnitz,
Schweidnitz, den 9. Februar 1888.
Königliches Amts-Gericht.

Abteilung IV.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist heute
unter Nr. 289 der Nebberg der
dasselbe unter Nr. 252 eingetragenen
Firma

P. Wolf
zu Landeck, durch Kaufvertrag von
deren Inhaberin, verehel. Schneider-
meister und Kaufmann Karoline
Wolf, geb. Hillner, dasselbe, auf
ihren Ehemann, Schneidermeister und
Kaufmann Paul Wolf dasselbe,
der die Firma fortführen wird,
eingetragen worden.

Habschwerdt, den 16. Febr. 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Das Brahn'sche
Nestlager von Eisenkunzwaren
u. Küchengeräthen [3324]
Herrstraße 25
muß bis Freitag, d. 24. d. M.,
geräumt sein.
Die Laden, Keller u. Boden-
einrichtung im Ganzen auch Einzel-
spottbillig.

Reuschstraße 63
ein Posten Weißwaren, darunter
Wänder u. Sammte, sowie die vor-
handenen Schnittwaren nur kurze
Zeit zu billigen aber festen Tax-
preisen.

B. Jarecki, Auctionator.

Für eine leistungsfähige
Berliner Fabrik äther.
Oele, Essensen und
Fruchtsaft-Presserei
wird ein

Vertreter
gesucht, welcher bei der **De-**
stillatur-Kundschaft
gut eingeführt ist, Adressen
sub **K. U. 558** befördert
Rudolf Mosse, Berlin C.,
Königstrasse 55. [1039]

Ein thätiger, gewissenhafter Kauf-
mann sucht ein Darlehen von 500 M.
gegen prompte Rückzahlung. Chiffre
F. S. 19 Exped. der Bresl. Zeitung.

3000 Mark
gegen vollkommene Sicherheit
von einem Kaufm. zu leihen
gesucht. Offerten unt. D. R. 22
Exped. der Breslauer Zeitung.

Sichere
Capital-Anlage.

Zur Vergrößerung einer sehr ren-
tablen Fabrik in einer der größten
und schönsten Städte Oberschlesiens
wird ein thätiger ob. stiller **Socius**
mit **50-60000 Mark** gesucht.
Offerten unter A. B. 111 an die
Exped. der Bresl. Btg. [2488]

Hypotheken
suche ich zu kaufen.
H. Biermann, Vorwerksstr. 74a.

Große
Lagerplätze
mit eigenem Bahngleise
habe ich an gepflasterter Straße
und in guter Stadtgegend zu ver-
kaufen. [1028]
H. Biermann, Vorwerksstr. 74a.

In der Fabrikstadt Guben ist ein
unbed. b. Lage befindl. Geschäftsz-
haus best. a. Borden-, Seiten- u. Hinter-
Gebäuden u. Garten, in welch. seit 10
Jahren s. erb. des. 3 Geschäfte mit best.
Erfolg betr. werden, w. sich zu jedem
Geiz. eignet, franz. halb des j. Preis-
für 30 000 M. b. 4-8000 M. Anz. z.
verl. u. sof. ob. später z. übernehmen. Off.
sub J.K. 9557 a. Rud. Mosse, Berlin S.W.

Ein dreistöckiges Haus
mit 2 Geschäftsläden, in bester Lage
der Stadt Beuthen O.S. ist zu ver-
kaufen. Offert. erb. unter K. F. 107
Brief. d. Bresl. Btg. [2394]

In einer großen Gymnasialstadt
Oberschlesiens, mit Garnison und
Landgericht, ist auf der lebhaftesten
Geschäftsstraße in dem best. Bau-
zustande befindliches Grundstück
mit Restaurant (volle Concession)
zu verkaufen. [2444]

Reflectanten erhalten auf Anfragen
unter L. K. 108 an die Exped. der
Bresl. Btg. nähre Angaben.

Die Restauration
eines groß. Garten-Etablisse-
ments mit Sommertheater
in einer Provinzial-Hauptstadt,
mit elektr. Beliechtung u.
vollst. Inventar ausgerüstet,
(Umfang ca. 40,000 M.), ist vom
1. April e. ab zu verpachten.
Offerten sub **H. 2818** an
Haasenstein & Vogler, Breslau.

Zum Purim-Feste.
Junge fette Auerhühner u. Puten
ohne Federn gewogen. Pfd. 75 Pf.,
mit Mehl gestoßte Gänse, prima
Waare, Pfd. 63 Pf. Enten, Hühner,
billig, frisch, Recht und gr. Band
Pfd. 50 Pf., kleiner Band, Borte,
Schleif am billigen nur [3299]
Sonnestr. 17, Burchard.

Imperator,
Magnum Bonum,
Frühe Rosen
und andere gangbare Sorten, auch
Fabrikartofeln, kaufen und erluch
um bemusterte Offerten [2483]

Wilhelm Rückert
in Görlitz.

Ein großes mahag. Cylinder-
bureau, 2 Tafeln mit 4 Böden,
1 Blumentisch, 1 Rohrstuhl, 1 eif.
Bettschale, 1 gr. neuer Waschschüssel,
Herrenkl. umzugshälber billig zu ver-
kaufen. Enderstr. 25 l. links, Vormittags.

Für Bierbrauer!
1/4- und 1/8-Tonnen sind mehrere
100 St. a. verl. Lehndamm 48.

Holländischer
Cacao-Grootes,
ärztlich empf., in Orig.-Päckchen
a. Pfd. 2,65 M., bei 2½ Pfd.
Entnahme 1/4 Pfd. Rabatt.
Sorgf. Ausführung schriftl. Aufträge.
E. Astel & Co.,
Thee-Handlung, Breslau.

Echt russisch. Caviar,
vorzüglich im Geschmac, versendet
das Original-Pfd. incl. Büchse mit
4 M. 50 Pf. gegen Nachnahme
[928] **C. Goralezik,**
Myslowitz, a. d. russ. Grenze.

Stellen-Anerbieten
und **Gesuche.**

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Norddeut. isr. Erzieh., tücht. in franz.
u. Klavier, p. 15. März event. ersten
April, zu einem 11 jähr. Mädchen aufs
Land gesucht. Geh. f. 200. Reisekosten,
fr. Station, Adresse: Charl. Spitzkopf,
Terezócz, Galgoz. [3292]

Tüchtige Directrice
für seinen Bus wird zum sofortigen
Antritt gesucht. Näh. Alte Graupen-
straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.
Personliche Vorstellung zwischen
12-2 Uhr. [3309]

Suche für mein Schnittwaren-
und **Confections-Geschäft**
eine tüchtige Verkäuferin, einige
Kenntnis in der Schneiderei erfor-
derlich. [2527]

R. Wagner,
Neue Taschenstraße Nr. 7.

Für unser **Modewaren- u.**
Damen-Confections-Ges-
chaft suchen wir per 1. April cr.
eine durchaus tüchtige

Verkäuferin.
S. Lustig & Co., Neisse.

Als Stütze der Hausfrau wird ein
geeignetes Fräulein gesucht.
Meldungen unter Chiffre R. S. 4
hauptpostlagernd. [3328]

Ein Mädchen, die bis jetzt eine
Wirthschaft selbstständig geleitet,
erfahren in allen landwirtschaftlichen
Arbeiten, plättet, auch die Schneiderei
erlernt hat, sucht Stellung auch als
Süße der Hausfrau per 1. März
oder später. [1038]

Gef. Offerten unter B. Rudolf
Mosse, Guben.

Ein geb. ev. Mädchen mit guten
Zeugn. sucht zum 1. März ob.
spät. Stellung als Stütze der Haus-
frau od. zur Pflege u. Geissel. b. e.
alten Dame. Gef. Off. an Kaufm.
Maske, Czarnian. [2501]

Bur Führung
einer **Restauration**
in Oberschles. wird eine ausständige
Wittwe mit 1 oder 2 Töchtern
gesucht. Offerten unter M. M. 113
Exped. der Bresl. Btg. [2494]

Suche zum 1. April
eine Manfell,
in Küche und Wirthschaft sehr
erschien. Gute Zeugnisse erbeten.
Frau Wahnschaffe,
Rojenselde bei Schrot, Westpr.

Eine tüchtige Kinderpflegekunst gesucht
per 1. April [2448] **Siegfr. Schlesinger**
in Rosenberg O.S.

Zolk's. Verm.-Cpt., Freiburgerstr. 25,
s.u. empf. Kdch., Schleußg. Mädch. f. All.

Lehrmädchen
für den Verkauf u. zur Erlernung
von Bus sucht [3312] **J. Friedmann's Nachf.**
Olsauerstraße Nr. 1.

Tücht. Köchin, f. Stubennädchen,
Kinderfrauen mit guten Attesten
empfiehlt Fr. Brier, Ring 2. [3320]

Stücken, bess. Stubennädchen, Kinder-
schleuß, Kdch., Mädch. f. Alles sucht
u. empf. Fr. Gaber, Gräbschnerstr. 3.

Gesucht ein
Betriebsleiter
für ein [981]

Röhrenwalzwerk.
Beworzt werden Diejenigen,
welche bereits einem gleichen
Betrete vorgetragen haben.

Den Bewerbungen sind Referenzen
und Gehaltsansprüche beizufügen
unter Chiffre H. 511 an Rudolf
Mosse, Breslau.

Bur selbstständigen [980]

Leitung eines
Walzwerkbetriebes
wirkt ein erfahrener

Ingenieur oder Hütten-
mann gesucht.

Offerten unter Angabe der bis-
herigen Thätigkeit, Referenzen und
Gehaltsansprüche unter Chiffre G. 510

an Rudolf Mosse, Breslau, er-
beten.

Für Bierbrauer!

1/4- und 1/8-Tonnen sind mehrere

100 St. a. verl. Lehndamm 48.

Privatstunden.

Ein Student, christl. Conf., in
Breslau ansässig, wird zur Beauf-
sichtigung der Schularbeiten zweier
Realgymnasiasten (Sexta u. Tertia,
auch Englisch) täglich Nachmittag
von 2-4 Uhr bald oder zu Ostern
gesucht. Gefällige Offerten nebst
Honorar-Bedingungen unter H. F.
110 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ein tüchtiger, flotter u. gewandter
Expedit,
sowie ein zuverlässiger, tüchtiger

Comptoirist

mit guter Handchrift, welcher auch
mit der Lagerverwaltung vertraut ist
und im Destillationsfach gut Bescheid

weiß, finden in meinem [1047]

Colonialwaaren-

Delicateß- und

Destillations-Geschäft

gute Stellung. Poln. Sprache erfor-
derlich. Retourmarken verbeten.

S. H. Landshut,

Niemarck W.-Pr.

Ein gewandter Mannfacturist für

fr. Reisen u. Lager findet in unter-

Engros gesch. p. 1. April Engag. Gr.

Glogen. J. L. Lazarus Wwe. & Söhne.

Ein junger Mann aus der Mühl-

branche sucht, gestiftet auf gute

Zeugnisse, in einer Mühl oder

größeres Getreidegeschäft als Lager-

halter oder Reisender veränderungs-

halber anderweitig Stellung.

Gef. Offerten erbitten unt. A. M. 25

an die Exped. der Bresl. Ztg. [3337]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten

u. Buchhalter. Offerten mit An-

tritt gesucht. Näh. Alte Graupen-

straße 4/6 bei Herrn Hermann Lagro.

Personliche Vorstellung zwischen

12-2 Uhr. [3309]

Correspondenten</